Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G.. Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf.. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 40 — **Bromberg,** Dienstag, den 20. Februar 1934 — **58. Jahrg.**

Adolf Hitler:
Die Waffen zwischen Deutschland und Polen sollen für immer schweigen!

Es werde sich selbstverständlich aus den Ereignissen dieser Wochen ergeben, daß die gegenwärtige Österreichische Regierung ihr Ansehen gestärkt finden werde, aber auf der anderen Seite würden die österreichischen Nationalsozialisten an Zahl zunehmen. Er drücke nur seine private und persönliche Ansicht aus, aber es sei seine Überzeugung, **daß besonders die Arbeiter Österreichs sich der nationalsozialistischen Sache anschließen würden, als natürliche Reaktion gegen die Gewaltmethoden, die die österreichische Regierung gegen sie ausgeübt habe.**

Der Korrespondent sagte weiter dem Kanzler, daß

der deutsche Friedenspakt mit Polen

der Welt als eine große Überraschung gekommen sei, und daß einige Leute ihn als Absicht auslegten, die Grundlage für einen **gemeinsamen Angriff Deutschlands und Polens auf Rußland mit einem Hinblick auf Gebietserwerbung** zu bilden.

Hitler habe hierauf ungläubig gelacht und gesagt: „Was! Wir sollen Gebiet von Rußland nehmen? Lächerlich!"

Der Korrespondent fügt hier ein, daß Hitler zwar in seinem vor zehn Jahren geschriebenen Buch „Mein Kampf" den Erwerb neuen Gebietes in Rußland als Heime für zukünftige deutsche Siedler empfohlen hatte, daß aber der seither stattgefundene Rückgang in der Geburtenziffer die Ausdehnung der deutschen Bevölkerung abgestoppt habe, so daß die Notwendigkeit für ein vergrößertes Gebiet weniger wichtig sei.

Im weiteren Verlauf der Unterredung habe Hitler gesagt: **„Alle Versuche, die Grundlage für einen dauernden Frieden in Europa zu legen, seien bisher fehlgeschlagen, da die öffentliche Meinung der Ansicht gewesen sei, daß Polen und Deutschland unversöhnliche Feinde wären.**

Er habe niemals diese Ansicht gehabt.

Das Erste, was er getan habe, als er zur Macht gekommen sei, sei gewesen, daß er Scheitte zur Eröffnung von Verhandlungen mit den Polen getan habe. Er habe gefunden, daß

die polnischen Staatsmänner sehr großzügig seien und genau so friedlich gesinnt wie er selbst. Die Kluft, die man für unüberbrückbar gehalten habe, sei überbrückt worden. Die beiden Nationen seien einander nahe gekommen, und er hoffe ernstlich, die neue Verständigung werde bedeuten, daß Deutschland und Polen endgültig alle Gedanken, zu den Waffen zu greifen, nicht nur für 10 Jahre, sondern für immer aufgegeben hätten.

Zur inneren Lage Deutschlands

habe der Kanzler gesagt, **daß viele Tausende aus den Konzentrationslagern bereits wieder freigelassen worden seien,** und er hoffe, daß noch mehr freigelassen würden. Sie seien nicht aus Motiven der Rache interniert worden — wie in Österreich —, sondern weil diese Gegner nicht die Wiederherstellung der politischen Gesundheit Deutschlands stören sollten. Man habe ihnen Zeit gegeben, ihre Ansicht zu ändern. Sobald sie bereit seien, sich zu verpflichten, ihre feindselige Haltung aufzugeben, würden sie entlassen werden.

Der Berichterstatter fragte hierauf: „Ist es Ihre Absicht, daß Dimitroff, Popoff und Taneff freigelassen werden sollen? Hitler antwortete: **„Das Gericht hat gesprochen, der Spruch wird erfüllt."** Dies sei der geneue Wortlaut der Antwort Hitlers gewesen, unterstreicht der Korrespondent.

„Glauben Sie," so fragte der Korrespondent weiter, „daß diese Leute freigelassen und außerhalb der deutschen Grenzen gebracht werden?"

Hitler habe geantwortet: „Das werden sie sicherlich." Obgleich er glaube, habe Hitler gesagt, daß ihre Freisprechung nicht der Meinung des deutschen Volkes entsprochen habe, **werde der Spruch des Gerichts erfüllt werden.**

Das deutsche Nachrichten-Bureau (D. N. B.) meldet aus London:

Die **„Daily Mail"** veröffentlicht eine Unterredung des **Reichskanzlers Hitler** mit ihrem Sonderberichterstatter **Ward Price.**

Der Korrespondent bat Hitler zunächst, ihm seine Ansichten über die

österreichische Lage

zu geben.

Hitler habe geantwortet, einige Leute glaubten, daß die deutschen Nationalsozialisten etwas mit den Unruhen in Österreich zu tun hätten. Dies sei vollkommen falsch. **„Wir sympathisieren weder mit Herrn Dollfuß noch mit seinen Gegnern. Beide Seiten wenden falsche Methoden an. Nichts Ständiges kann durch die gewaltsamen Methoden erreicht werden, zu denen sie gegriffen haben."** Es sei für die österreichischen Sozialisten unmöglich gewesen, durch ihr Vorgehen die Macht zu erreichen. Gleicherweise sei es für Dollfuß unmöglich gewesen, die Gegner durch die von ihm angewandten Mittel auf seine Seite hinüberzuziehen.

Jedermann wisse, daß man Häuser durch Granatenfeuer niederlegen könne, aber solche Praktiken würden einen Gegner nicht überzeugen, sie würden ihn nur verbittern. Der einzige Weg, in einer Revolution Erfolg zu haben, bestehe darin, daß man seine Gegner fasse, indem man sie überzeuge.

„Das ist es, was wir in Deutschland erzielt haben. Herr Dollfuß auf der anderen Seite hat versucht, einen Staatsstreich durchzuführen. Er hat die Verfassung verletzt, und seine Methoden waren von Anfang an zum Fehlschlag verurteilt."

Angenommen, man wäre in Deutschland in ähnlicher Weise zu Werke gegangen, was wäre dann das Ergebnis gewesen? **In Österreich seien 1600 Personen getötet und 4000 bis 5000 Personen verwundet worden.** Deutschlands Bevölkerung ist elfmal so groß wie die Österreichs, sodaß in Deutschland die Verluste 18 000 Tote und 50 000 Verwundete betragen haben würden. „Wie sind die Tatsachen? **Die Gesamtzahl unserer in Unruhen getöteten Gegner betrug 27, und die Zahl der Verwundeten 150.**

Unter ihnen befanden sich weder eine Frau noch ein Kind. Auch ist kein Haus zerstört, kein Laden geplündert worden. Wenn man den Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Regime in Österreich und der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland sehen wolle, dann brauche man nur eine Photographie von Berlin mit einer Photographie von Wien von heute zu vergleichen.

Die Kritiker Deutschlands werden sagen: „O ja, aber die österreichischen Sozialisten waren schwer bewaffnet!" Auch die deutschen Kommunisten seien dies gewesen, fuhr Hitler fort. Man habe Mengen aller möglichen Waffen in ihrem Besitz gefunden. Der Grund, warum die deutschen Kommunisten sie nicht benutzten, bestehe darin, daß sie durch Überzeugung zu der Sache der Nationalisten gewonnen worden seien.

Beweis dafür seien die Wahlen vom vergangenen November, bei denen nur zwei Millionen Menschen gegen das neue Regime in Deutschland stimmten, während die deutschen Kommunisten früher sechs Millionen und die Sozialdemokraten sieben Millionen zählten. Die übrigbleibenden elf Millionen der früheren Gegner des Nationalsozialismus seien nicht unterdrückt, sondern bekehrt worden.

Der Korrespondent fragte den Kanzler, ob die Entwicklungen in Österreich die Haltung Deutschlands zu Österreich beeinflussen werden.

Hitler antwortete: „Keineswegs. **Die Politik, die ich führe, wird nur von deutschen Interessen beherrscht."**

Todessturz des Königs von Belgien.

Brüssel, 19. Februar. (Eigene Meldung.) König Albert von Belgien ist am späten Nachmittag des Sonnabend tödlich verunglückt. Bei Marches les Dammes am Maasufer, unweit von Namur, ist der König bei einer Besteigung der Kalkfelsen abgestürzt. Sein Leichnam wurde erst spät in der Nacht aufgefunden.

König Albert hatte am Sonnabend nachmittag in einer Sitzung des Ministerrats den Vorsitz geführt und sich dann in alpinistischer Ausrüstung nach dem Felsengebiet von Marches les Dammes begeben. Der König lenkte sein Auto selbst und hatte nur seinen Leibdiener bei sich. In der Nähe des Dorfes Boninne ließ der König den Wagen halten und brach zur Besteigung der Felsen auf. Nach stundenlangem Warten, als die Dunkelheit bereits eingesetzt hatte, wurde der Leibdiener unruhig und benachrichtigte die Behörden. Gleichzeitig telephonierte er nach dem Königlichen Schloß in Laeken, von wo aus die Gendarmerie, Militär und Feuerwehr aus den umliegenden Dörfern und Städten mobil gemacht wurden, um den König zu suchen.

Der Generaladjutant des Königs, Baron Jacques de Dixmuiden, der sich den Suchenden angeschlossen hatte, fand in einer Schlucht als erster das Augenglas des Königs, einige Meter tiefer lagen die Seile und der Rucksack des Monarchen. Als man weiter forschte, fand man die Leiche des Königs mit zerschmettertem Schädel auf einem Felsvorsprung liegen.

Die Ueberführung der Leiche.

Die Leiche des Königs wurde im Automobil nach Laeken übergeführt und dort in das Schlafzimmer des Königs gebracht. Die Ärzte nähten die furchtbaren Verletzungen zu, bevor die Königin durch den am Sonntag früh zusammengetretenen Ministerrat von dem schrecklichen Ende ihres Gatten verständigt wurde.

Am Donnerstag Beisetzung.

Brüssel, 19. Februar. (Eigene Meldung.) Der Ministerrat, der bis zur Vereidigung des neuen Königs die vollziehende Gewalt ausübt, hat beschlossen, daß die Beisetzung des Königs Albert am Donnerstag in der Königlichen Gruft im Park des Schlosses zu Laeken stattfindet. Am heutigen Montag wird die sterbliche Hülle des Königs von Laeken nach dem Königlichen Schloß in Brüssel gebracht und dort im Thronsaal aufgebaut.

Die Eidesleistung des Kronprinzen Leopold, der inzwischen hier eingetroffen ist, erfolgt am Freitag vor dem Senat und der Kammer.

Allgemeine Trauer in Belgien.

Brüssel, 19. Februar. (PAT) **Ganz Belgien steht** unter dem Eindruck des tragischen **Todes des Königs Albert.** Die Regierung hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: „Am Vortage des 25. Jahrestages seiner Herrschaft, im Augenblick, da das Vaterland, das er gerettet hatte, ihn mit Treue und Anhänglichkeit umgab, hat ihn ein fürchterlicher Unfall dahingerafft." Der Bürgermeister der Stadt **Brüssel** hat ebenfalls eine Proklamation an die Bevölkerung erlassen. In ganz Belgien wehen auf sämtlichen Gebäuden Trauerfahnen.

Das Beileid des Auslandes.

Warschau:

Präsident Mościcki hat nach dem Eingang der Meldung von dem Tode des Königs Albert I. folgendes Beileidstelegramm an die Königin Elisabeth von Belgien gerichtet: „Ich bitte Eure Königliche Majestät, in Ihrer großen Trauer die Ausdrücke der Verehrung und tiefen Teilnahme entgegenzunehmen, der sich das ganze polnische Volk anschließt, indem es die Trauer des belgischen Volkes teilt, das einen so großen Verlust durch den tragischen Tod seines heldenmütigen Monarchen erlitten hat. (—) Ignacy Mościcki."

Berlin:

Reichspräsident von Hindenburg hat aus Anlaß des Todes Königs Alberts an die Königin Elisabeth folgendes Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert durch die Nachricht von dem plötzlichen Tode seiner Majestät des Königs der Belgier bitte ich Sie, die Versicherung meines aufrichtigen Mitgefühls und den Ausdruck tief empfundenen Beileids entgegennehmen zu wollen."

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat an den belgischen Außenminister Hymans ein in herzlichen Worten abgefaßtes Beileidstelegramm gerichtet. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hatte am Sonntag in aller Frühe bereits im Namen der Reichsregierung der Belgischen Regierung sein Beileid zum Ausdruck gebracht.

London:

Der tragische Unfall des Belgierkönigs hat auch in London eine tiefe Teilnahme ausgelöst. König Albert war bei den Engländern neben dem König Georg der populärste Monarch. Nach dem Kriege im Jahre 1921 wurde er zum Marschall der britischen Armee ernannt. Außerdem war er Kommandeur der 5. Schottischen Garde. England besuchte der Belgierkönig sehr oft, und er besaß unter den Engländern viele persönliche Freunde. König Georg ließ unverzüglich nach dem Eingang der Meldung von dem Ableben des Belgierkönigs der belgischen Botschaft sein Beileid aussprechen und ordnete eine zweiwöchentliche Trauer des Königlichen Hofes an. Bei der Bestattung wird König Georg von dem Prinzen von Wales vertreten werden.

Paris:

Die Meldung von dem tragischen Tode des Königs der Belgier, die in Paris am Sonntag in den Morgenstunden eingegangen war, hat sowohl in den politischen Kreisen, wie auch **unter den breiten Massen der Bevölkerung, bei der**

Deutsches Kolonistenland in Wolhynien.

Seit einiger Zeit drängen sich in die rein deutschen Kolonien Wolhyniens nach und nach Juden ein, die den wirtschaftlich bedrängten und verarmten deutschen Kolonisten ihr kleines Landstück abkaufen. Während sonst nur die wolhynischen Städte zu einem unnatürlich hohen Prozentsatz von Juden bevölkert sind, haben sich neuerdings in der Gegend von Torczyn und Luck Juden in rein deutschen Kolonien niedergelassen.

Auch sonst ist der deutsche Landbesitz in Wolhynien in steter Gefahr. Dasselbe Schicksal, das vor kurzem die Kolonie bei Luck traf, droht jetzt der Kolonie Lidawka ebenfalls bei Luck. Auch hier soll der rechtmäßig erworbene Landbesitz nicht anerkannt werden.

sich König Albert einer großen Popularität erfreute, einen großen Eindruck gemacht. Auf allen öffentlichen Gebäuden und privaten Häusern wehten Trauerfahnen. In vielen Gotteshäusern wurden Gebete für das Seelenheil des Königs verrichtet. Ministerpräsident Doumergue begibt sich in Begleitung der Minister nach Brüssel, um den sterblichen Überresten des Königs seine Huldigung darzubringen. Präsident Lebrun wird mit dem Außenminister Barthou und mit Marschall Pétain an der Beisetzung des Königs teilnehmen.

Der dritte König der Belgier,

Albert I. aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha wurde am 8. April 1875 in Brüssel geboren und folgte am 24. Dezember 1909 seinem Onkel Leopold II. auf den Thron.

Der verunglückte König Albert ist ursprünglich nicht für die königliche Würde erzogen worden; denn er war nur der zweitgeborene Sohn des Grafen von Flandern, und sein älterer Bruder, Prinz Balduin, war zur Thronfolge berufen. Indessen wollte es das Schicksal anders. Eine Legende behauptet, dem französischen Bürgerkönig Ludwig Philipp sei einmal von einer Wahrsagerin prophezeit worden, daß in seiner Nachkommenschaft niemals der älteste Sohn zur Regierung gelangen werde. Diese Prophezeiung hat sich wenigstens in Belgien bis dahin bewahrheitet. Denn auch Leopold II. war nicht der älteste Sohn seiner Mutter, einer Tochter Ludwig Philipps. Vor seiner Geburt starb schon im zarten Kindesalter der erste Herzog von Brabant. Der einzige Sohn Leopolds II. starb als zehnjähriger Knabe am 21. Januar 1869, und zweiundzwanzig Jahre später schied auch der älteste, zur Thronfolge bestimmte Neffe des Königs, Prinz Balduin, aus dem Leben. Vermutlich wurde er von dem Ehemann seiner Geliebten erschossen.

Albert I. war in Belgien außerordentlich beliebt, er war Soldat mit Leib und Seele. Die tragischen Schicksale Belgiens im Weltkrieg, bei dessen Ausgang dann doch die Krone gerettet werden konnte, haben den König seinem Volk noch näher gebracht. Selbst die belgischen Sozialisten sind deshalb weniger republikanisch gesonnen, als die Sozialisten anderer Länder.

Albert I. vermählte sich am 2. Oktober 1900 mit der Herzogin Elisabeth von Bayern. Dieser Ehe sind drei Kinder entsprossen: der Kronprinz Leopold, der jetzt als König den Namen Leopold III. führen wird, ist — allen Prophezeiungen zum Trotz — der älteste Sohn des verstorbenen Königs. Er ist am 3. November 1901 geboren und mit einer italienischen Prinzessin verheiratet. Es folgt dann der 1903 geborene Prinz Karl und die 1906 geborene Prinzessin Marie, die Gemahlin des italienischen Thronfolgers, deren Ehe wegen Kinderlosigkeit geschieden werden soll.

Die größten und rühmlichsten Siege der Welt sind immer von Minderheiten erfochten worden.
Rembrandt als Erzieher.

Drei-Mächte-Erklärung über Oesterreichs Unabhängigkeit

wurde am Sonnabend doch noch veröffentlicht.

Paris, 19. Februar.

Am Sonnabend abend wurde gleichzeitig in Rom, Paris und London folgende amtliche Verlautbarung bekanntgegeben:

„Die Österreichische Regierung hat sich an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt, um ihre Auffassung über die Aktion einzuholen, die sie vorbereitet hat, um die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs festzustellen und die sie ihnen übermittelte. Die Besprechungen, die zwischen den drei Regierungen hierüber stattfanden, haben zu einer übereinstimmenden Auffassung über die Notwendigkeit geführt, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten."

Der Eindruck in Berlin.

Die Meldung von der gemeinsamen Erklärung Frankreichs, Englands und Italiens in der österreichischen Frage hat in der deutschen öffentlichen Meinung Verwunderung ausgelöst.

Die „**Deutsche Tageszeitung**" schreibt dazu: „Diese Erklärung bedeutet, falls sie etwa auf die Politik des Reiches bezug haben sollte, in vollem Umfange einen Lufthieb, nachdem die Reichsregierung in ihrer Antwort auf die österreichische Beschwerde durch ihre Haltung zu den blutigen Vorgängen in Österreich und noch jüngst durch die Äußerungen des Reichskanzlers bewiesen hat, daß ihr jedes Eingreifen in österreichische Verhältnisse fernliegt. Die Erklärung wäre kein Lufthieb, wenn sie gegen die Tschechoslowakei gerichtet sein sollte, von der aus, wie immer deutlicher wird, der austromarxistische Aufstand in stärkstem Maße unterstützt, ja vielleicht überhaupt erst ermöglicht worden ist. Von dieser Seite ist der Tatbestand der Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Nachbarstaates in vollem Umfange erfüllt."

Das „**Berliner Tageblatt**" versucht den Eindruck der Drei-Mächte-Erklärung abzuschwächen und meint, daß sie vom technischen Gesichtspunkte aus die mildeste Form eines Schrittes darstelle. „**Deutschland steht**", so heißt es weiter, „**einer geschlossenen Front gegenüber, und man kann nur bedauern, daß der durch den Krieg geschaffene und zum Teil bereits ausgeglichene Abgrund sich abermals geöffnet hat. Es ist seit langem, vielleicht seit Versailles, der erste Fall, daß die verbündeten Hauptmächte sich auf eine gemeinsame Erklärung gegen Deutschland geeinigt haben.** Dies weist, so heißt es zum Schluß, darauf hin, daß die Möglichkeit scharfer Reibungen in Europa noch größer geworden ist.

Der Pariser Korrespondent der „**Deutschen Allgemeinen Zeitung**" betont, daß die Erklärung im Sinne der italienischen Initiative redigiert worden sei.

Der „**Tag**" erblickt in der Fassung der Erklärung den Beweis eines Mangels der Einheitlichkeit zwischen den Mächten über die Garantieformel für Österreich.

Das „**Deutsche Nachrichten-Bureau**" vertritt in einem Telegramm aus Paris im Gegensatz zu der Meinung der gesamten Presse den Standpunkt, daß die Initiative der Erklärung nicht von italienischer, sondern von französischer Seite ausgehe.

*

London wäscht seine Hände in Unschuld.

London, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der am Wochenende veröffentlichten **gemeinsamen Erklärung** Großbritanniens, Frankreichs und Italiens über die Unabhängigkeit Österreichs bemerkt der diplomatische Korrespondent des „**Daily Telegraph**", die Erklärung erfüllt die beiden unentbehrlichen Bedingungen, von denen die Britische Regierung ihre Unterstützung jeder Erklärung über Österreichs Regierung abhängig gemacht hat: Sie schließt, soweit Großbritannien in Frage kommt, keine Garantie und kein Versprechen militärischen Vorgehens ein, sondern bezeugt nur die Bereitschaft, durch Einfluß und Rat bei der Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs mitzuhelfen. Dies ist schon von Kir John Simon im Unterhause erklärt worden. Überdies hat die Britische Regierung Österreich gegenüber ausdrücklich davon abgesehen, über die jetzigen Streitfragen zwischen Österreich und Deutschland im voraus etwas zu unternehmen. Es darf infolgedessen nicht angenommen werden, daß nach britischer Auffassung diese erneute Bekräftigung des Interesses an der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit besonders oder ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet ist. In britischen Kreisen erinnert man auch an eine weitere Erklärung Simons im Parlament, daß nämlich England nicht die Aufgabe habe, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen. Mit anderen Worten, die jetzige Erklärung wird, soweit Großbritannien in Frage kommt, **niemals gegen die Wünsche der Mehrheit des österreichischen Volkes gebraucht werden, um dort eine bestimmte Regierungsform aufrecht zu erhalten oder zu verbieten. Österreich kann faszistisch, sozialistisch oder nationalsozialistisch werden. Großbritannien würde es nur verurteilen, wenn ihm eine bestimmte Regierungsform unter ausländischem Druck auferlegt würde.**

(Diese Deutung eines diplomatischen Korrespondenten ist das Meiüerstück einer verlogenen Diplomatie! D. R.)

*

Der römische Anschlußgegner.

Rom, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der „**Times**"-Berichterstatter in Rom meldet, daß die gemeinsame Drei-Mächte-Erklärung über Österreichs Unabhängigkeit in dortigen diplomatischen Kreisen größte Beachtung finde. Betont würde insbesondere, **daß die Großmächte zum ersten Male seit dem Kriege die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten gemeinschaftlich kundgetan hätten.** Freilich stellt der Berichterstatter an anderer Stelle seines Berichtes fest, daß die Abfassung der Erklärung beinahe zwei Wochen beansprucht habe, weil es den drei Mächten schwer gefallen sei, sich auf eine für alle gemeinsame Formel zu einigen. Es heiße allgemein, **daß Mussolini für größeren Nachdruck im Wortlaut eingetreten sei. Man hoffe in Rom, daß Dollfuß nunmehr den Völkerbund nicht mehr zu bemühen brauche.** Sollte diese Hoffnung enttäuscht werden, dann werde Italien gegen einen Schritt beim Völkerbunde nichts einzuwenden haben **und werde Österreich auch in Genf gegenüber dem Deutschen Reich unterstützen.**

*

Die Kleine Entente ist beunruhigt.

Titulescu droht.

Paris, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der rumänische Außenminister Titulescu erklärte dem Belgrader Vertreter des „**Petit Parisien**", die Kleine Entente verfolge die Ereignisse in Österreich mit einer großen Beunruhigung. Der Abschluß der Straßenkämpfe bedeute noch nicht, daß die österreichische Frage nunmehr gelöst sei. Im Gegenteil: **der Hauptkampf werde erst jetzt geliefert werden müssen.** In diesem Zusammenhang müsse man feststellen, daß sich Dollfuß die Unterstützung des einzigen Partners versage, der ihm bei den Kämpfen gegen die Anschlußabsichten hätte von Nutzen sein können, Der Augenblick sei gekommen, wo diejenigen, die ihm bei der Niederwerfung der Sozialdemokraten geholfen hätten, den Preis für ihre Hilfe verlangen würden.

Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei unzweifelhaft, daß die Bestrebungen Italiens, einen italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsblock zu bilden, in Kreisen der Kleinen Entente ein lebhaftes Unbehagen ausgelöst hätte. In solchen Plänen sehe man einen Versuch zur Wiederherstellung der Vergangenheit mit dem erschwerenden Umstande, daß Italien sich diese Wiederherstellung zunutze machen würde, um im Donaubecken, gegen die Kleine Entente zu arbeiten. Man sehe auf seiten der Kleinen Entente in den österreichisch-ungarischen Annäherungsbestrebungen die Gefahr eines doppelten Anschlusses, die man als nicht weniger bedeutungsvoll betrachte. Der Eindruck, daß Italien von den Großmächten den Auftrag erhalten habe, in Mitteleuropa und besonders in Wien handelnd aufzutreten, sei nicht dazu angetan, die Kleine Entente zu beruhigen. Belgrad, Prag und Bukarest befaßten sich ernsthaft mit allen Möglichkeiten, denen sie gegebenenfalls gegenüberzutreten hätten. Man könne schon jetzt behaupten, daß das Eingreifen Italiens in das innere Verhalten Österreichs eine sofortige Reaktion in Südslawien auslösen würde, das sich gezwungen sehe, geeignete Maßnahmen zu treffen, um seine Grenzen zu schützen.

Die gemeinsame Erklärung der drei Großmächte, so betont der Berichterstatter des „Petit Parisien", sei [illegible] Auffassung der Kleinen Entente nicht genügend, um die Lage zu klären und den Lauf der Ereignisse aufzuhalten.

"Keine Beweise . . ."

Am Sonnabend nachmittag erfolgte, wie wir bereits in unserer letzten Ausgabe kurz ankündigen konnten, nach fünftägiger Haft die Freilassung des verhafteten Direktors Kreft und des Bankbevollmächtigten Bigalke von der „Deutschen Volksbank" in Bromberg. Die Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts hat die Unhaltbarkeit der Anwendung des § 148 des Strafgesetzbuches (Verdunklungsgefahr) anerkannt.

Der Freilassungsbeschluß

des Gerichts lautet wörtlich wie folgt:

„Bei Berücksichtigung der Beschwerde der Angeklagten Ernst Kreft und Erwin Bigalke gegen die vorläufige Verhaftung vom 13. 2. 1934 wird die Freilassung der Angeklagten angeordnet.

Begründung:

Wie aus den durchgeführten Untersuchungen hervorgeht, bestehen keinerlei Anhaltspunkte zur Anwendung des Art. 165 der Strafprozeßordnung (darin heißt es u. a., daß eine Verhaftung erfolgen kann, wenn Fluchtverdacht besteht — Die Red.), die eine vorläufige Haft der Angeklagten begründen würde.

Was insbesondere den Angeklagten Kreft anbelangt, so haben die Untersuchungen **keine Beweise erbracht, daß der Angeklagte die ihm zum Vorwurf gemachte Tat vorsätzlich ausgeführt habe.** Der Umstand, daß er am Tage nach der Revision wahrscheinlich nach Danzig gefahren sei, kann noch keineswegs als genügende Annahme eines Fluchtverdachtes gewertet werden, da der Angeklagte freiwillig zurückgekehrt ist.

Was den Angeklagten Bigalke anbelangt, so kann **man ihm ebensowenig eine vorsätzliche Tat zum Vorwurf machen;** auch andere Momente sprechen nicht für die Notwendigkeit einer vorläufigen Haft.

Vor einem neuen Dreibund?

Geplanter Zusammenschluß: Italien, Oesterreich und Ungarn.

Die österreichische und tschechische Presse meldet übereinstimmend aus Budapest:

Der vor längerer Zeit schon für Budapest angekündigte Besuch des italienischen Staatssekretärs Suvich, der nunmehr endgültig für die Zeit vom 21. bis 23. Februar angesagt ist, wirft bereits heute seine politischen Schatten voraus. Die ungarische Presse erfährt über diesen Besuch, daß es die Aufgabe Suvichs sei, erstens einmal **eine Einladung Mussolinis an den Ministerpräsidenten Gömbös zu überbringen, sich im Laufe des Monats März gemeinsam mit Dr. Dollfuß zu einer politischen und wirtschaftlichen Dreierkonferenz in Rom einzufinden**, wo die Frage des Donautales eine „konkrete" Erörterung erfahren solle, und zweitens mit der Ungarischen Regierung Vorbesprechungen über diese Konferenz zu pflegen.

Der angekündigten Konferenz in Rom wird in politischen Kreisen Ungarns die größte politische Bedeutung zugeschrieben, **nicht zuletzt deshalb**, weil diese Konferenz angeblich dem größten Interesse und sogar auch dem Beifall der Regierungen von Frankreich (?) und England begegnet. Es handelt sich bei den Absichten des Duce nach dem glücklichen Abschluß der blutigen österreichischen Ereignisse nunmehr um die „Konkretisierung der bei dem Besuch Suvichs in Wien und Dr. Dollfuß' in Budapest erzielten prinzipiellen Verständigung."

Die Blätter sprechen ganz offen aus, daß dabei an eine „ganz enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit" zwischen Italien, Österreich und Ungarn gedacht werde.

85 tote Kinder in Sandleiten?

Eine Behauptung des „Populaire".

Paris, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der sozialistische „**Populaire**" veröffentlicht in Fettdruck eine Information aus Wien, deren Stichhaltigkeit natürlich ohne weiteres nicht nachzuprüfen ist, an deren Veröffentlichung man aber nicht achtlos vorbeigehen kann. Das Blatt behauptet nämlich, **daß in der Wiener Wohnsiedlung Sandleiten die Leichen von 85 Kindern unter 14 Jahren gefunden worden seien, die bei den blutigen Kämpfen der letzten Tage getötet wurden.**

*

Das Ergebnis der Waffenabgabe.

Nach Meldungen des Deutschen Nachrichten-Bureaus haben die Durchsuchungen der Arbeiterhäuser in Wien nach Waffen und Munition geradezu unerwartete Ergebnisse gezeitigt. Die bisherigen Berechnungen haben ergeben, daß allein in 12 Stadtteilen ohne Floridsdorf und Ottakring 73 Maschinengewehre, 3276 Gewehre, 3700 Revolver und 228 000 Geschosse gefunden und beschlagnahmt worden sind. Außerdem wurde eine riesige Menge der verschiedensten Sprengstoffe sowie Installationsmaterial für Feldtelephone aufgedeckt. **Unter den ehemaligen Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes wurden insgesamt rund 2500 Verhaftungen vorgenommen.**

Unterzeichnung eines englisch-russischen Wirtschaftsabkommens.

London, 17. Februar. (PAT) Am Freitag wurde hier das Wirtschaftsabkommen zwischen England und Sowjetrußland unterzeichnet. Das Abkommen enthält neun Artikel, sowie einen Anhang, in welchem die Jahreskontingente festgesetzt werden, auf Grund deren die russischen und die englischen Ankäufe ungefähr auf demselben Stande bis zum Jahre 1938 bestehen bleiben sollen. Die sowjetrussische Handelsdelegation hat diplomatische Privilegien erhalten. Das Abkommen enthält keine Bestimmungen über die Schuldenregelung und heißt daher „vorläufiges Abkommen". Die Bestimmungen über das Abkommen sollen am Montag in einem besonderen Weißbuch veröffentlicht werden. Das letzte englisch-sowjetrussische Abkommen war durch Großbritannien im Oktober 1932 gekündigt worden.

Der Deutsche zwischen West und Ost.

Im Westen geht die Welt unter. Es ist wie eine erdmagnetische Erscheinung: die Völker ziehen der Sonne nach, aber sie sterben auch mit ihr.

Seit der Entdeckung Amerikas, von der die europäische Geschichte aus dem Mittelmeer und der Ostsee an die Atlantis verlegt wurde, sind nacheinander Portugal, Spanien und Holland zu ihrer Großmachtstellung gelangt, aber auch von ihr wieder zurückgesunken.

Im Westen gehen die Völker zugrunde und im Osten erhalten sie sich. Der Krieg wurde zu der großen Auseinandersetzung zwischen dem Westen, der gelebt hat, und dem Osten, der erst leben will.

Es wird hier, wie in allen Dingen, in denen es auf Ausgleich ankommt, die europäische Bestimmung des Deutschen sein, ein Gleichgewicht der Kräfte zu halten und zwischen den Gegensätzen von Arbeit und Verbrauch, Erschöpfung und Unerschöpftheit, Westen und Osten zu vermitteln.

Möller van den Bruck.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 19. Februar.

Veränderlich!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet veränderliches Wetter mit sinkenden Temperaturen an.

---

§ **Ausgabe von neuen Silbermünzen.** Die staatliche Prägeanstalt Polens ist zur Umprägung der aus dem Verkehr gezogenen Silbermünzen in neue Silbermünzen geschritten. Die früheren 5-Złoty-Münzen großen Formats werden in 5-Złoty-Stücke kleineren Typs und in 2-Złoty-Silbermünzen umgeprägt. Die Herausziehung der alten 5-Złoty-Münzen aus dem Verkehr erfolgt allmählich. Gegenwärtig sind von diesen alten Silbermünzen noch etwa für 30 Millionen Złoty im Umlauf.

§ **Eine schwere Verletzung der linken Hand** brachte sich beim Holzhacken der hier Danzigerstraße 48 wohnhafte Arbeiter Bronisław Rogalski bei. Der Verunglückte wurde nach dem Städtischen Krankenhause gebracht.

§ **Unfall.** Der 22jährige Infanterist Aloizy Borowicz hatte während des Marsches mit seiner Kompanie einen Schwächeanfall erlitten, wobei er so unglücklich zur Erde stürzte, daß er sich das rechte Bein brach. Der Verunglückte wurde nach dem Städtischen Krankenhause gebracht.

§ **Wieder einmal unnötig alarmiert** wurde die Feuerwehr nach dem Stadttheater, wo der hervorragend arbeitende selbsttätige Feuermelder am Sonnabend abend gegen 10 Uhr in Funktion getreten war. Die Heizungsanlage war wieder einmal etwas zu stark in Anspruch genommen, so daß das Thermometer über 30 Grad gestiegen war und die Wehr herbeigerufen wurde.

§ **Zwei gefährliche Einbrecher** wurden am Freitag abend auf dem hiesigen Bohnhof beobachtet. Als ein Schutzmann sich ihnen näherte, versuchten sie zu entfliehen. Ein aus entgegengesetzter Richtung kommender zweiter Polizeibeamter konnte die beiden jedoch aufhalten und festnehmen. Bei der ersten Untersuchung stellte sich heraus, daß die Verhafteten eine große Menge Einbrecherwerkzeug wie Dietriche, Krebse zum Öffnen von Geldschränken u. a. m. bei sich hatten. Sie wurden in das Gerichtsgefängnis eingeliefert, wo man feststellte, daß es sich um die schon lange gesuchten Leonhard Zalewski, 23 Jahre alt, und Felix Wójcik, 30 Jahre alt, handelt.

§ **Den Blick in die Zukunft teuer bezahlt** hat eine neugierige Evastochter in der Bülowstraße. Die Betreffende stellte plötzlich das Fehlen von 200 Złoty in bar und verschiedener Gegenstände im Werte von 500 Złoty fest. Nach einiger Überlegung kam sie zu der Feststellung, daß als Diebin nur eine Zigeunerin in Frage kam, die kurze Zeit vorher in der Wohnung war, um aus Karten und den Linien der Hand die Zukunft zu deuten. Dem Rade des Schicksals in die Speichen greifend, hatte die braune Pußtatochter die angekündigten großen Verluste sofort zur Tatsache werden lassen.

§ **Ein unerhört dreister Diebstahl** wurde am Sonnabend nachmittag in der Sozialversicherungsanstalt (früher Krankenkasse) verübt. Während eine Dame dort ein Dampfbad nahm, stürzte plötzlich eine weibliche Person in die Kabine und stahl die Handtasche mit etwa 80 Złoty Inhalt und verschwand, ehe die Patientin und das Personal sich über den dreisten Diebstahl im klaren waren. Schließlich verfolgte man die Diebin, die an der Ecke Peterson- und Fischerstraße gestellt werden konnte. Bei der polizeilichen Vernehmung stellte sich heraus, daß die Verhaftete der Bestohlenen schon seit längerer Zeit gefolgt war, da sie gesehen hatte, daß die Dame in einem Geschäft einen 100-Złoty-Schein gewechselt hatte. Sie folgte ihr bis in das Krankenkassengebäude und führte dort den Diebstahl aus.

§ **Ihre Arbeitgeberin bestohlen** hatte die 58jährige Michalina Kaśniewska. Die K., die bei der Hausbesitzerin Zimmermann als Aufwärterin beschäftigt war, hatte ihrer Dienstherrin Gardinen, Wäsche und andere Hausgegenstände im Werte von etwa 1000 Złoty entwendet. Die Diebin scheute sich nicht, während der Abwesenheit ihrer Herrin die Wohnungstür mit einem Nachschlüssel zu öffnen und die Sachen herauszunehmen. Wegen dieser systematischen Diebstähle hatte sich die K. nun vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Die Spitzbübin bekennt sich vor Gericht zur Schuld. Ihre Dienstherrin, die als Zeugin vernommen wurde, sagt aus, daß die Angeklagte von ihr 2 Złoty täglich für ihre Aufwartung erhalten habe. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu acht Monaten Gefängnis.

§ **Ein Kohlendieb** hatte sich in der Person des 20jährigen Arbeiters Pawel Krauze vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte von einem Güterzug einige Zentner Kohlen gestohlen. Vor Gericht bekennt sich der Dieb zur Schuld und erklärt, daß er infolge der Not gezwungen sei, der menschlichen Gesellschaft den Krieg anzusagen. Diese Kriegserklärung brachte dem Angeklagten 8 Monate Gefängnis ein. ↗

§ **Wegen Diebstahls eines Handwagens im Werte von** 80 Złoty hatte sich vor dem hiesigen Burggericht der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Aloizy Kuczynski von hier zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 9. September v. J. dem Kaufmann Mogdanski vom Hofe obenerwähnten Wagen entwendet. Das Gericht verurteilte K. zu sechs Monaten Gefängnis. — Der Arbeiter Bernard Błażyjewski hatte am 9. Januar d. J. in Sienno hiesigen Kreises dem Stall des Landwirts Boguslawski einen unerbetenen Besuch abgestattet in der Absicht, Hühner zu stehlen. Bei seinem Vorhaben wurde er jedoch von dem Besitzer ertappt und der Polizei übergeben. Dem Landwirt erklärte er, daß er nur eine Kuh „besichtigen“ wollte. Das Gericht verurteilte B. zu zwei Monaten Arrest bei sofortiger Verhaftung. ↗

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verband für Jugendpflege. Heute Mitgliederversammlung mit Vortrag. 1897

☐ **Crone** (Koronowo), 16. Februar. Kürzlich wurden dem Besitzer Meyer aus Freidorf aus dem Wagenschuppen eine fast neue Pelzdecke, Pferdedecken und die Schürzen vom Kutschwagen gestohlen. Die Täter konnten ermittelt werden, hatten aber sämtliche Sachen bereits in Stücke geschnitten.

Am 15. d. M. fand im Saale des Restaurateurs Jortzick hierselbst eine Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Crone statt, die sehr stark besucht war. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden hielt Gartenbauinspektor Reissert-Posen einen längeren Vortrag über Obst- und Gemüsebau, welcher von den Gästen mit regem Beifall aufgenommen wurde.

k **Czarnikau** (Czarnków), 19. Februar. Die erste Tagung der **Arbeitsgemeinschaft der Leiter und Leiterinnen evangelisch-kirchlicher Jugendvereine** und Jugendgruppen des Kirchenkreises Czarnikau fand am Freitag nachmittag hier im Konfirmandensaale statt, die von Vertretern sämtlicher Gemeinden des Kirchenkreises besucht war. Zu Beginn der Tagung hielt der Jugendpfarrer des Kirchenkreises, Pastor Hein-Filehne, eine Andacht und sprach über das Wort „Ich bin der Weinstock und ihr seid die Reben“. Hierauf sprach Jugendpastor Brauer-Obornik übere „Was fordert die heutige Zeit von unserer Jugend“. Nach diesem, alle Zweige der Jugendpflege erschöpfenden Vortrag fand eine rege Aussprache statt. Weiter wurden Referate gehalten über Winterlager, Berufsausbildung, Singen und Feiern besonderer kirchlicher Tage in den Jugendvereinen. Es wurde beschlossen, die nächste Tagung des Arbeitsausschusses am 31. Mai in Rosko abzuhalten, ferner eine Singwoche in der Woche nach Pfingsten in Filehne einzurichten, und schließlich am 29. Juni einen Jugendtag der christlichen Jugendvereine des Kreises Czarnikau zu veranstalten. Um 8 Uhr abends fand in der evangelischen Kirche ein Jugendgottesdienst statt, zu welchem die ganze Gemeinde und viele Gäste aus dem Kirchenkreise erschienen waren. Pastor Brauer sprach in ergreifender Weise über „Christus und die heutige Jugend“. Der ganze Tag war ein großes Erlebnis für jung und alt und zeigte, welch große Aufgaben zu bewältigen sind für alle, die gewillt sind, ihre Kraft in den Dienst der christlichen Jugendpflege zu stellen.

ex **Exin** (Kcynia), 19. Februar. Auf dem Herrn von Rost gehörigen Rittergute Zalesie wurde ein Teil der Wäsche, die im Park zum Trocknen aufgehängt war, gestohlen. Der Schaden beträgt etwa 400 Złoty.

Ein Landwirt aus Iwno wurde in der Gegend von Puterek von unbekannten Tätern vom Rade gerissen; man raubte ihm 500 Złoty.

Gnesen (Gniezno), 19. Februar. Gestohlen wurde ein Fahrrad dem Matthias Franke aus Tschunsal, der es aus der Friedrichstraße vor einem Eisengeschäft stehen gelassen hatte. — Dem Besitzer Waldemar Mikley-Brudziewo wurden aus dem Stall zwei Gänse und eine Dezimalwaage gestohlen.

q **Gnesen** (Gniezno), 19. Februar. Ein Autounglück ereignete sich an der Ecke Friedrichstraße und Neustadt. Hier stießen das Auto des Goldarbeiters Perlikiewicz aus Gnesen und eine Autotaxe so heftig zusammen, daß dem Privatauto ein Vorderrad abgerissen wurde.

Ein Einbruch verübt wurde in die Wohnung von Weis-Gnesen, Nollaustraße 5. Die Diebe stahlen Garderobe und Wäsche im Werte von 60 Złoty. — Ferner wurden Frau J. Pimarska, Waldstraße 12, 10 Hühner aus verschlossenem Stalle gestohlen. — Diebe drangen auf den Boden des Wohnhauses K. Baranowski in Szydłowic und stahlen eine größere Menge Damen- und Herrenwäsche, sowie Handtücher und Bettwäsche. Auch Räucherware und 25 Kilogramm Zwiebeln ließen die Spitzbuben mitgehen. Der Schaden beträgt 250 Złoty. — Gestohlen wurden dem Besitzer Sprenger aus Działyn bei Gnesen aus der Scheune 200 Kilogramm Leinsamen im Werte von 100 Złoty. — Kürzlich wurde den Ortsarmen aus Wełnica bei Gnesen ein Schwein von 75 Kilogramm gestohlen, dem Arbeiter Marciniak aus demselben Dorfe stahl man acht Kaninchen.

Gnesen (Gniezno), 16. Februar. Unter starker Beteiligung fand gestern eine Versammlung der Ortsgruppe Klecko der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft statt, in der Geschäftsführer von Hertell-Gnesen einen Vortrag über die Selbsthilfe in Krankheitsfällen bei den landwirtschaftlichen Arbeitern hielt. Es folgte eine lebhafte Aussprache und die Gründung eines Selbsthilfefonds.

Starken Auftrieb von Rindern zeigte der heutige Viehmarkt und war der Umsatz sehr lebhaft. Die Preise waren gedrückt; beste Milchkühe erzielten 350 bis 400 Złoty, Mittelware wurde mit 200—250 Złoty bezahlt.

Auf dem Pferdemarkt war der dritte Markttag sehr schwach besucht, das an und für sich schlechte Geschäft erfuhr keine Besserung. Die Preise ließen nach, da die Käufer fehlten.

z **Inowrocław,** 19. Februar. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich hierselbst der Drogistengehilfe Czesław Kwiatkowski zu verantworten. Im Oktober vergangenen Jahres war durch seine Unvorsichtigkeit beim Kochen von Bohnermasse im Laboratorium der Drogerie Kazmierczak Feuer ausgebrochen, wodurch ein größerer Schaden entstanden ist. Das Gericht verurteilte K. zu zwei Monaten Arrest mit zweijährigem Strafaufschub.

Im Dorfe Mokre wurden in der vergangenen Nacht wieder neue große Geflügeldiebstähle verübt. So plünderten unbekannte Diebe bei dem Landwirt Keller schon zum zweiten Male in diesem Jahre den Geflügelstall und stahlen diesmal 40 Hühner, 8 Enten und 8 Puten, ferner dem Landwirt Matuszewski 30 Hühner.

Die Lungenseuche beim Klauenvieh wurde amtlicherseits auf der Wirtschaft von Franciszek Benedykcinski festgestellt. Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

In der hiesigen Umgegend tauchte in diesen Tagen ein etwa 25 Jahre alter Mann auf, der sich Władysław Jankowski nannte und angeblich aus Slonsk, Broniewo resp. Szymborze stammt. Er sucht die reicheren Landwirte auf und bittet sie um Geld für eine Reise nach Warschau, wo er vom amerikanischen Konsulat eine Erbschaft erheben soll. Es gelang dem Gauner auch, in verschiedenen Fällen größere Beträge zu erschwindeln. Es wird gebeten, ihn dem nächsten Polizeiposten zu übergeben.

0 **Margonin,** 19. Februar. Im Borchardschen Lokale fand eine Generalversammlung der Welagegruppe Margonin statt. Der Besuch war außerordentlich stark. Vorsitzender Schmidt begrüßte die Anwesenden und gab zuerst den Kassenbericht zur Kenntnis, anschließend fand die Wahl des Vorstandes statt. Einstimmig wurden die Herren Schmidt, Stelter und Krebs wiedergewählt. Nach der Wahl referierte Geschäftsführer Heymann-Rogasen über den neuen Krankenschutz der Landarbeiter und wies dabei darauf hin, daß es unbedingte Pflicht eines jeden deutschen Landwirts ist, Mitglied der Welage zu werden, denn nur durch diese allein kann sich der Landwirt schützen, um in einem schwierigen Krankheitsfall seiner Arbeiter finanziell gesichert zu sein. Die Welage verfügt nämlich über Mittel, mit denen sie in besonderen Fällen eingreift.

In Sypniewo wurden dem Gutsbesitzer Richard Laas in einer der letzten Nächte zwei Fuhren Roggen von seinem auf dem Felde stehenden Schober mittels Fahrrädern ausgedroschen und das Getreide gestohlen.

es **Mrotschen** (Mrocza), 19. Februar. Das seltene Fest der Goldenen Hochzeit feiern heute der Landwirt August Krüger und seine Ehefrau Mathilde geb. Knuth, in Kl. Tonin bei Lindenwald. Der Jubelbräutigam ist 74, und die Braut 71 Jahre alt. Beide sind noch rüstig und gesund. Der Ehe sind 14 Kinder entsprossen. Ein Sohn fiel im Weltkriege in Frankreich. Von den 11 noch lebenden Kindern befinden sich 6 in Deutschland. Bisher wurden 19 Enkelkinder geboren.

i **Nakel,** 19. Februar. Dreiste Diebe drangen nachts nach Eindrücken der Fensterscheibe in das Kolonialwarengeschäft Malczewski ein und stahlen Monopol- und Kolonialwaren im Gesamtwerte von ca. 1000 Złoty. Außerdem ließen die dreisten Diebe noch zwei Fahrräder mit sich gehen. — Durch gewaltsames Aufbrechen der Türen verschafften sich in derselben Nacht unbekannte Diebe Einlaß in das Gutshaus Biniakowski-Nakel und entwendeten aus einem Zimmer einige Mäntel. Nach Durchsuchung der anderen Zimmer stahlen sie auch dort noch andere Kleidungsstücke in sehr beträchtlichem Werte. In beiden Fällen sind die Diebe nicht bemerkt worden.

e **Sadke** (Sadki), Kreis Wirsitz, 16. Februar. In Schmiedeberg (Kowalewko) wurden dem Einwohner Fenske ca. 40 und dem Einwohner Kunkel in Weronika 15 Zentner Heu von der Wiese gestohlen.

Am Mittwoch abend brach in Samostrzel ein großes Schadenfeuer aus. Dem Händler Kraske brannte der große mit ca. 800 Zentner Heu gefüllte Bretterschuppen völlig nieder.

ss **Strelno,** 18. Februar. In den letzten Wochen hat in verschiedenen umliegenden Ortschaften der Unterleibstyphus fürchterlich gehaust. Um der weiteren Ausbreitung dieser ansteckenden Krankheit Einhalt zu tun, hat in diesen Tagen eine Ärzte-Kommission aus Posen im Beisein des Kreisarztes Dr. Truszczyński das Wasser in den einzelnen Ortschaften untersucht, um die Ursache der Typhuserkrankungen festzustellen. Über das Ergebnis dieser Untersuchungen ist noch nichts bekannt.

Der 26jährige Arbeiter Stanisław Bukowski aus Ostrowo, der beim Holzfällen in der Oberförsterei Hiradz beschäftigt war, würde von einem fallenden Baumstamm derartig gequetscht, daß er einen linken Unterschenkelbruch erlitt. Er mußte ins hiesige Kreiskrankenhaus überführt werden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Ein freudiges Ereignis

gleichzeitig bei Enkelin, Mutter und Großmutter.

In Kruszyn bei Brześć Kujawski hat sich ein Fall ereignet, der in der Weltgeschichte wohl einzigartig dastehen dürfte. Bei der Familie Wiśniewski, die im selben Hause wohnt, klopfte nämlich der Klapperstorch in derselben Nacht nicht weniger als dreimal an. Den Reigen eröffnete die 17jährige Enkelin, die mit einem Mal einen strammen Jungen neben sich sah. Es folgte die Mutter, der der Klapperstorch gleichfalls einen Sohn bescherte, und dann sogar die 58 Jahre alte Großmutter. Drei Jungens auf einen Schlag, wobei übrigens die Großmutter zur Urgroßmutter wurde, der Sohn der Mutter als Onkel, der der Großmutter sofort als Onkel und Großonkel zur Welt kam! Und dabei ist dieser Großonkel sogar jünger als sein Neffe und sein Großneffe!

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 40

Statt Karten.

Gertrud Lange
Paul Schliep
Verlobte.

964 Bydgoszcz, Februar 1934.

Zeitgemäße Mädchenbildung
in den ein- und dreijährigen Frauenschul-Lehrgängen der
Hoffbauer-Stiftung
Potsdam-Hermannswerder 16
Grundschule, Oberlyzeum (Abitur)
Werkjahr für Abiturientinnen
Die Lage zwischen Wald und Wasser bietet reichliche Gelegenheit zu körperlicher Ertüchtigung 1528

Am Sonnabend, 17. d. Mts., entschlief sanft nach schwerem Leiden meine unvergeßliche Frau, unsere liebe, unermüdlich sorgende Mutter und Großmutter

Emilie Wiese

geb. **Rathke**

im 66. Lebensjahre. Sie folgte ihrem vor einem Monat entschlafenen Sohne **Erich** in die Ewigkeit. 1886

In tiefer Trauer
Die Hinterbliebenen.

Zempelburg — Bromberg — Stettin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 20. d. Mts., 4 Uhr nachmittags, in Bromberg, von der Halle des alten evangelischen Friedhofes, Wilhelmstraße (Jagiellońska) aus statt. Es wird höflichst gebeten, von Beileidsbesuchen Abstand zu nehmen.

Am Sonnabend, dem 17. Februar, verschied nach schwerem Leiden mein lieber Vetter, der **Gastwirt**

Gustav Nitz

im Alter von 66 Jahren.
Im Namen der Hinterbliebenen
Anna Labenz.
Dworzysko, den 19. Februar 1934. 1887
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 20. d. Mts., 4 Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Nehmen Sie die billigen Monate
der
Gazownia Miejska
vom 1. Februar bis 30. April 1934
wahr.
Bedeutende Ermäßigungen
Nähere Informationen: Tel. 630, 631, 784
Unentgeltliche Beratung
betreffend Kochen auf Gas. 1733



Zur Anfertigung von
Trauer-Anzeigen
empfiehlt sich
A. Dittmann
G. m. b. H.
Bydgoszcz.

FLIESEN
weiß und farbig glasiert für Wandbeläge, Steinzeugfußbodenplatten u. Korkplatten liefert mit fachmännischer Ausführung
Feliks Pietraszewski,
Bydgoszcz, Reja 4, Tel. 2229. 879

Seradella
letzter Ernte auch in kleinen Mengen gibt billigst ab 1696
Ein- u. Verkaufsgenossenschaft Trzemeszno.
Telefon 29. 1696

Fa. Fr. Hartmann, Oborniki
Gartenbaubetrieb und Samenhandlung offeriert
Feld-, Gemüse- und Blumensamen
für Gärtnerei und Landwirtschaft
Spezialität:



Dieses Jahr spottbillige Preise!

Beste erprobte Markt- und Frühgemüse, Futter-Rüb., Eckendorf. Riesen-Walz., Futtermöhren, Wruken u. dergl.
Gemüse- u. Blum.-Samen in kolorierten Tüten.
Obstbäume in besten Sorten.
Beeren-Sträucher, Ziersträucher und mehrere tausend **Mahonienpflanz. Erdbeer-, Spargel- und Rhabarberpflanzen.**
Rosen Ia in Busch- u. Hochstamm, **Frühjahrsbl.-Stauden** u. ausdauernde **Stauden z. Schnitt.** Massenvorräte **Edel-Dahlien** in ca. 100 Prachtsorten. **Gladiolen**, neueste amerikan. Riesen.
1695 N. B. Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer und größeren Bedarf. Der Betrieb umfaßt etwa 75 Morgen. Das neue illustr. Preisverzeichnis gratis.

Geflügelhof Sławkowo Post Ostaszewo-Toruńskie nimmt jederzeit Hühnereier zur Lohnbrut. Einlegegebühr je Ei 15 gr, Schlüpfgebühr je Küken 5 gr. Verkauf von Bruteiern: weiß. amerik. Leghorn 25 gr, Eintagsküken à 80 gr, Rote Rhodeländer je Ei 30 gr, Eintagsküken 90 gr, engl. Sussex je Ei 80 gr, Eintagsküken 1.60 zł, Bruteier gelb. Orpingtonenten je 60 gr. Versand nur geg. Nachn. od. Voreinsend. d. Betr. 1227

Unterricht
in **Buchführung Maschinenschreiben Stenographie Jahresabschlüsse** (eventl. mit Pension) durch 1876
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Marszałka Focha 10.

Das Altbewährte und das Wertvolle der neuen Zeit lernen Sie durch meinen 1558
Privatunterricht
in Buchführung (alle Systeme), kaufm. Rechnen, Kontorpraxis, Gesetzeskunde und allen and. Handelswissensch.
Georg Fibich, Bydgoszcz
Hetmańska 20.

Bauprojekte
Abschätzungen
Gutachten u. a.
fertigt 931
Architekt-Baumeister
Teofil Biernacki,
vereidigter Gerichts-Sachverständiger,
Jana Kazimierza 8, I. Et.

Uebernehme stundenw.
Buchführung und Bearbeitung
v. **Steuerangelegenheiten** 1791
Grunwaldzka 75, W. 4.

Amtliche Schätzungen
all. Art, **Versteigerungen** führt billig durch
Antoni Mroczyński,
gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Wohnungseinrichtungen und Auktionator,
Gdańska 42. Tel. 15-54.
1871

Häuserverwaltung
übernehme von sofort oder später. Offerten unter **G. 853** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Schicke und gutsitzende
Kleider, Mäntel und Kostüme
werden gefertigt. 865
Jagiellońska 42, I.

Heirat

Jung. Mann, evgl., 30 J. alt, m. kl. Grundst., sucht **Mädel** bis 28 J **zwecks Heirat** kenn. zu lernen. 3-5000zł erw. Off. m. Bild u. **T. 910** a. d. Geschst. d. Z.

Mang. Herrenbekanntschaft suche ich auf dies. Wege ehrenh., charakterf. **Lebensgefährten.** Bin 26 Jahre alt, evgl., musik., häusl. erzogen, mit 3000 Zł. Vermögen u. g. Ausst. Off. u. **L. 955** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Geldmarkt

Günst. Gelegenheit
Verkaufe Hypothek,
10 000 Goldzł.
eingetrag. auf erstklass. kl. Gut an sicher. Stelle. Näheres brieflich. Off. unter **U. 1750** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Suche z. Frühjahr led. **Beamten** für Forstschutz und Landwirtschaft, laufd. Rechn. u. Gutsvorst.-S. **Neumann, Przysiek,** p. Toruń 1-Rozgarty.
1860

Pensioniert. Förster
od. vorübergehend arbeitslos, wird f. Monat März **oder** später zur Aufforstung für 16 ha Ackerland gesucht. Gehaltsansprüche für den Monat bitte z. richten unter **E. 1859** an die „Deutsche Rundschau".

Für **gr. Rübenwirtschaft** mit Saatreinig. u. elektr. Betr. i. Pom. w.
1 evang. Eleve
mögl. Sekundaner, zum 1. 4. 34 **gesucht.** Poln. Sprache Bedingung. Für **meinen Sohn suche** ebens. **Elevenstelle.** Off. u. **H. 1879** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Tüchtiger
Provis.-Vertreter
f. Pos., Pommer., Oberschles. u. Danzig m. Inkassovollm. geg. Kaut. n. Vereinb. sof. ges. Off. u. **M. 1885** a. d. Gst. d. Ztg.

Suche von sofort einen älteren, deutsch., evgl.
Bäckergesellen
der mit Holzofen sehr vertraut ist und die Backtätigkeit selbständig führen kann. 1857
Karl Janzen,
Mistrz piekarski,
Jabłonowo, Pomorze.

Suche zum 1. März 34 einen tücht. und ehrlich.
Molkereigehilfen
Bewerbungen m. Zeugnisabschriften z. richten
Mayer, Molkerei Groß-Kruschin 1852
Kruszyny, pow. Brodnica

Ein tüchtiger 938
Gärtnergehilfe
u. **ein Lehrling** gesucht.
Adam's Gärtnerei
und Baumschule,
Bydgoszcz, Żmudzka 11.

Unverheirat., evangel.
Gärtner
zu sofort. Antr. gesucht. Geh. 30 Zł. mon. Zeugnisse und Lebenslauf an
Gutsverw. Karczewo,
p. Wrocki,
pow. Brodnica. 1892

Gärtnerlehrling
wird z. 1. April gesucht. **Gutsgärtnerei Sienno,** poczta Kotomierz, powiat Bydgoszcz.

Ein kräftiger 1899
Schmiedelehrling
kann sich melden. 1889
Herm. Below, Praust,
Freistaat Danzig,
Dirschauerstraße 24.

Suche zum 1. 4. 1934
einen Instmann
mit 2 Scharwerkern
(Jungen u. Mädchen, nicht über 18 Jahre. 1848
Waldemar Felske,
Skarszewy p. Wiewiorki

Für ein intensiv. **Gut** Pom. wird ein gebild.
Lehrfräulein
für Büro
über 18 Jahre, z. 1. 4. 34 **gesucht.** Poln. Sprache in Wort und Schrift Bedingung. Offert. mit selbstgeschr. Lebenslauf unter **G. 1878** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Jg., evangel., kräftiges
Hausmädchen
wird ab 1. 3. f. Stadthaush. ges. Off. u. **O. 965** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuche

Suche zum 1. 4. 1934 Sellung als
Hof- u. Feldbeamt.
Bin 29 J. alt, 6 Jahre Praxis auf größ. Güt. Poln. u. dtsch. Sprache in Wort u. Schrift mächtig. Off. u. **C. 844** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Landwirtschaftlicher **Beamter**
beid. Landessprach. in Wort u. Schrift mächt., 22 J. alt, evgl., 7 Kl. Gymn., 3 J. Prax., sucht Stellung vom 15. 3. od. später auf größ. Gute. Off. unt. **S. 1833** an die „Deutsche Rundschau".

Wahrheitslieb., grundehrlicher u. erfahr., ev. **Landwirt,** 29 J. alt, **sucht** zum 15. März verh. Vertrauensstellung als **Verwalter** bzw. **erster Beamter.** Gute und langjähr. Zeugnisse zur Verfügung. Gefl. Off. unter **J. 948** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Brennerei-Verwalter
in mittleren Jahren, Witwer, tücht. im Fach, **sucht** Stellg. **als** solcher oder auch andere Beschäftigung. Tüchtiger Landwirt und Hofverwalter, auch Feld-, Waldaufseher. Deutsch und Poln. in Wort und Schrift. Gute Zeugnisse und Empf. Off. erbittet
Jan Przeworski,
Brennerei-Verwalter
Szwarzenowo 1893
pow. Lubawa (Pom.)

Geschäftsführer
m. Kenntn. der Sozial-Steuer- u. Agrargesetzgebung, bewandert im Verkehr mit Behörden, Deutsch u. Polnisch in Wort u. Schrift, Uebersetzer, **sucht Stellung.** Angeb. unt. **F. 1877** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Tüchtiger **Betriebsschlosser** mit langjähr. Prax., in Maschinenrep. sow. Licht- u. Kraftanl. best. vertr. u. d. selbstdg. arb. kann, **sucht Stellung.** Offerten unter **P. 891** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Müllergeselle
24 J. alt, evang., der mit jeder Arbeit vertraut ist, **sucht** von sofort Stellung, auch auf Mehlniederlage. Zuschriften unter **J. 1880** a. d. Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erbet.

Müller u. Chauffeur
firm in Müllerei, Mühlenbau u. Autorepar. sucht Stellung. 921
Max Warmbier, Szlach. Kamionka poczta Twardagóra, p. Starogard.

Chauffeur —
Maschinenschlosser
mit sämtl. Maschinen sowie Lichtanl. vertr., **sucht Stellung.** Off. an **P. Bartsch, Marjanki,**
1823 pow. Swiecie n. W.

Jung. Stellmacher
led., m. eig. Handwerkszeug, der m. all. Arbeit. vertr. ist, a. m. Tischler- u. Zimmererarb., **sucht Stellung** auf ein. Gute v. 1. 4. 34. Gute Zeugn. vorhd. Off. unt. **U. 912** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Tischlergeselle
firm in Furnierarbeit
sucht Stellung.
Gute Zeugn. vorhand Gfl. Offert. unt **W. 1838** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gärtner
verheir., 29 J. alt, **sucht** vom 1. März od. später **Stellung,** auch als **lediger.**
Fr. Karpiczak,
Paliszewo, p. Sarbia,
powiat Czarnków. 1805

Gärtner
alleinstehd., 46 Jahre a., R.-Empf., beid. Landessprach. in Wort u. Schr. mächt., 26 J. Frühgem., Blumentreib. tät., **sucht** von sofort oder 1. 3. 34 **Stellung. A. Urbański, Dąbrowa-Chełmińska,** pow. Chełmno. 1803

Gärtner
unverheir., langjährige Praxis gestützt auf gute Zeugn. u. Empfehlung., **sucht** vom 15. März od. spät. **Stellung.** Off. unt. **N. 1894** a. d. Geschst. d. Z.

Gärtner
27 J. alt, Mittelschulbildung, 12 Jahre Praxis, in d. bedeutendst. Handelsgärtn. Pommerell. u. in Posen gearbeitet, in allen Zweigen der neuzeitl. Gartenkultur erfahren, **sucht Dauerstellung** als selbständ. Gärtner auf größ. Gut. Gute Zeugnisse u. Empfehlungen v. erstklass. Fachleuten stehen zur Verfügung. Gefl. Off. u. **H. 1806** a. d. Geschst d. Z.

Bei mäßigem Lohn sucht ehrlicher, solider, fleißiger
Arbeiter
43 Jahre alt, viele Jahre bei der „Elektrownia" tätig gewesen, **Beschäftigung als Arbeiter, Bote usw.** Offerten unter **K. 1814** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Vorschnitter kann 20–50 Leute stellen
Teofil Zieliński, Czarze, pow. Chełmno. 968

Hausreinigung
sucht evgl. junges Ehepaar evtl. auch gleichzeitig als **Chouffeur od. Kutscher.** Angeb. b. an **K. Bloch, Bydgoszcz,** Stroma 34. 933

Evgl. Hauslehrerin
mit Ia Zeugnissen und Unterrichtserl. **sucht** zu Ostern oder später
Stellung.
Offerten unter **T. 1834** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Stellung als
Jungwirtin oder Stütze.
Offerten unter **B. 1853** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Verkäuferin mit 500 Zł. Kaution, **sucht** Stellung v. 1. 3. 34. Off. u. **F. 935** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Besitzertochter, evang. **sucht** vom 1. 3. od. 15. 3. als **Jungwirtin Stellg.** Ist in allen Zweig. des Haushalts erfahren. Zeugnis vorhand. Angebote unter **L. 1815** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evang. Mädchen
26 J., im Haushalt bewandert, möchte sich im Gutshaushalt als **Wirtin vervollkommnen.** Off. unt. **G. 1804** a. d. Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erbet.

Besseres
jung. Mädchen
vom Lande **sucht** vom 1. 3. oder spät. **eine Lehrstelle** in einer Bäckerei oder Kolonialw.-Gesch. Offerten unter **J. 1808** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Bessere, arbeitsame Landwirtstochter, 25 J. alt, mit Koch- u. Nähkenntnissen, 2 Jahre in großem Gutshaushalt tätig gew., gute Zeugnisse vorh., sucht Stell.
als Haustochter
oder **Stütze d. Hausfrau** ab 15. März od. 1. April Pfarr- u. Stadthaush. bevorzugt. Offert. unt. **O. 1829** an d. Gschst. d. Z.

Suche zur Erlernung d. Hauswirtsch. **Stellung als Haustochter.** Offerten unter **S. 895** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Aelt., evgl. Mädchen, d. selbstd. kocht u. d. Haushalt führt, **sucht** v. 1. 3. 1934 **Stellung als Hausmädchen.** Off. u. **A. 926** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Landwirtstochter, 26 J. alt, evgl., ehrl. u. anst. **sucht Stellung** ab 1. 3. 34 in besserem Hause. Gutes Zeugn. vorhand. Off. m. Gehaltsangabe bitte unt. **N. 961** a. die Geschst. d. Ztg. zu send.

Suche sofort od. 1. 3. **Stellung** als **bess. Hausmädchen,** 28 J. alt, evgl., am liebst. i. Stadt- od. Gutsh. Gefl. Off. erbet. **A. Brandt, Czarnowo,** pow. Toruń, Pom. 1891

Evangl. Mädchen
mit gut. Zeugn., **sucht** Stellung zum 1. 3. 34 i. Stadthaushalt. Off. u. **K. 950** a. d. G. d. Z.

Ehrlich., liebevoll. und äußerst vertrauensw.
Mädchen sucht passd. Stellg. 3 j. Prax. im Gesch. u. Büro. Offerten unter **Z. 919** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche vom 1. März 34 **eine Stelle** in einem deutschen Hause. Kochkenntnisse vorhand., bin sehr kinderlieb, würde mich auch noch gerne im Haushalt vervollkommnen. Offert. unt. **B. 1837** a. d. Geschst. d. Z.

Jung., ev. Mädchen, 20 J., sucht vom 1. 3. od. später Stellung in bess. Hause, wo es sich im **Haushalt vervollkommnen kann,** evt. auch zu Kindern, bei kl. Gehalt. Familienanschluß erw. Frdl. Zuschr. u. **M. 960** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Suche Aufwartung für den ganzen Tag oder **Stellg. als Hausmädch.** Zeugn. vorh. Off. u. **G. 941** a. d. Geschst. d. Zeitg.

An- u. Verkäufe

Wegen Erbschaftsregulierung **verkaufe** ich meine 80 Morg. große
Ansiedl.-Wirtschaft
mit sämtlichem lebend. und totem Inventar.
Marie Mauch
Sadkogoszcz, p. Barcin,
pow. Szubin. 1832

Haus
3 Stock, Zentr. d. Stadt, Jahresmiete 9400, Pr. 63 000, Anzahlg. 25000, weg. Fortzuges sofort zu verk. **Westfalewski,** Hotel Lengning. 957

Krug
in Jakšice, in günstiger Lage, sofort zu verkaufen. 1851
Baron Sternfeldt,
Jakšice,
Kreis Inowrocław.

Putzgeschäft
in Bydg. alt eingeführt, Alters wegen preisw. **zu verkaufen.** Zentr. d. Stadt, beste Lage. Gefl Anfr. beförd unt. **B. 926** die Geschäftsst. d. Zeitg.

11 Mrg. Netze-Wiesen
zu verkaufen. Off. unt. **W. 917** a. d. Gst. d. Ztg.

Verkaufe oder verpachte meine Landwirtschaft bei Danzig
32 Morg. ebener Boden, neue Gebäude, schuldenfrei. **Zulewski, Danzig,** Töpfergasse 26. 1817

3 jähr. Goldfuchsstute,
2 „ Goldfuchswallach
(Passer), **sprungf. Zuchtbullen** verkauft 1861
Bartel, Brankówka,
powiat Chełmno.

Frettchen
zahm u. gut abgericht., von sofort zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **K. 1881** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stutzflügel
schwarz, f. 180 Zł. z. verk. **Pomorska 14, W. 1.** 967

Schlafzimmer und **Teppich** gelegentlich billig. **„Auktionshaus",** Gdańska 42. 1899

Altertüml. Schrank
Sofa mit Sessel zu verk. **Św. Jańska 2, W. 10.** 940

Selt. Gelegenheit!
Prachtvoll. Teppich, wie neu, 3,30×4,50 m, und **Speisezimm.** weggugsh. preisw sofort zu verkaufen Papiergeschäft **Gdańska 107,** 2—4 U. 969

Tischler- 944
Hobelmaschine
(Dykta), verkauft billig **Hermana Frankiego 3/11.**

Lastauto (Chevrolet) 4 Zylind., in tadellos. Zustande, sehr billig zu verk. **Toruńska Nr. 35** (Kolonialka). 949

Chevrolet-Limous.
6 Zylinder, in sehr gut. Zustande, zu verkauf. Offerten unter **L. 1884** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Dogcart, Kutsch- und stark. Arbeitswagen, sowie Fleischerklötze
verkauft billig **Stellm.**
889 **Zbożowy Rynek 11.**

Fahrrad-Ballon
billig zu verkaufen. 971
Hetmańska 16, m. 2.

Englischer fast neuer
Dampfdreschkasten
20—30 Ztr. Stundenleistung, auf 14 Kugellagern, billig z. verkauf. Erfragen u. besichtigen
Speditionsgeschäft Schimmelpfennig-Witkowski, Grudziądz.
1873

Gebrauchte **Häckselmaschine,** 13½ Zoll Schnittbreite, m. Fest- u. Losscheibe, Momentausrücker, Messer und Stahlring, neu, f. Kraftantrieb, verkauft für 350 Zł. Off. unt. **C. 1799** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wohnungen

8 Zimmer als Wohnung und **Büro** zu verm. 966
Cieszkowskiego 22.

4 Zimmer, komfortab. **Samojskiego 8,** Portier.
936

4 Zimmer-Wohnung
mit Komfort, geräum., z. verm. **Sienkiewicza 11**
888

3—4-Zim.-Wohng.
ges. Off. m Preis unt. **P. 970** a. d. Gst. d. Ztg.

2 Zimm. u. Küche an bessere Leute zu verm. Näh. **Marsz. Focha 34,** I. Dorts. **Eßzimm., Badew.** u. **Möbel** zu verk. 954

Alleinsteh. Dame sucht 2—3 **Zimmer-Wohn.,** Küche. Off. u. **D. 928** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Möbl. Zimmer

Bess. möbl. Zimmer
separ. Eingang, m. od. ohne Pension, Telefonbenutzung, v. sof. z. verm. **3-go maja 12,** W. 3, 1. Etage, links. 892

Junges Mädchen als **Mitbewohnerin** ges.
963 **Pomorska 3, W. 4.**

Eleg. möbl. Zimmer
f. 1—2 Pers. ab sof. z. vrm. **3 maja 12,** part. r. 883

Pachtungen

Zu pachten gesucht ein Gut
von ca. 1000—2000 Mrg. mit gut. Bod. u. mögl. eisernem Invent. Ausführl. Ang. unt. **B. 914** a. d. Geschäftsstelle der Dtsch. Rundsch. erbeten.

Gut zu pacht. gesucht
50—60 000 bar.
Verkaufe 460 Mg. 130 000, Amortisation 30 000, Anzahlung 60 000. 1870
Behr, Strzelno
Kujawien.

Gemeindeschmiede
wird am 1. März 1934 in hiesiger Schule um 13.30 Uhr vom 1. April 1934 **verpachtet.** Bedingungen 200 Złoty Kaution und vierteljährige Pacht voraus. **Radzicz,** pow. Wyrzysk
Malak, sołtys. 1875

Geschäftsgrundstück mit 2 Speichern in Karthaus
zu verpachten.
Im Grundstück werden seit Jahren ein gut gehendes **Getreidegeschäft,** sowie **Kohlen-, Eisen- u. Kolonialwarenhandlung** und **Restauration** betrieben.
Große **Hofräume, Unterfahrt** und **Wirtschaftsgebäude** vorhanden.
Auskunft erteilt 1890
Landwirtschaftliche Großhandelsgesellschaft m. b. H.
Danzig, Krebsmarkt 7/8.

Bromberger Oddfellow-Logenheim
Sp. z o. o. 972
Bydgoszcz, ulica Libelta 8
Generalversammlung
22. Februar 1934, um 20 Uhr, in uns. Hause
Tagesordnung: 1. Angleichung der Statuten an das Vereinsgesetz. 2. Verschiedenes.
Hopp. **Dr. Dobrin**

Evgl. Mädchenstift Jägerhof
Generalversammlung
am 24. Februar 1934, nachmittags 4 Uhr, im Civil-Kasino, Danzigerstraße. 1896
Die Mitglieder werden hierzu eingeladen.

Gebrauchte
Oelpresse
mit Hand- oder mechanischem Antrieb, sofort zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisangabe unter **C. 1855** an d. Geschst. d. Zt. erb.

Diverse Kanthölzer auch Rundhölzer
für Bauzwecke **gesucht.** Off. unter **A. 1849** an die Geschst. d. Ztg. erb.

Erlen
26.50 fm, bis 32 cm Durchm., rund od. geschnitten, gibt preiswert ab. Anfr. unter **N. 1827** a. d. G. d. Ztg.

Räucherspan
verkauft **Sägewerk, Fordońska 48.** Tel. 99.
903

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Donnerstag
22. Februar 1934
abends 8 Uhr:
Neuheit! Neuheit!
Da stimmt was nicht!
Schwank in 3 Akten von Franz Arnold.
Eintritts-Karten wie üblich 1898
Die Direktion.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 40.

Bromberg, Dienstag, den 20. Februar 1934.

Pommerellen.

19. Februar.

Baukredite für pommerellische Städte.

Die Landeswirtschaftsbank in Warschau hat dem pommerellischen Wojewodschaftsamt in Thorn in der Angelegenheit der zum Ausbau der Städte im Jahre 1934 zu erteilenden Kredite ein Kommunikat übersandt. Danach erhalten in diesem Jahre folgende 13 pommerellische Städte Baudarlehen: Culm 20 000, Konitz 45 000, Gdingen 400 000, Graudenz 150 000, Karthaus 40 000, Berent 30 000, Podgorz 40 000, Putzig 20 000, Stargard 30 000, Dirschau 60 000, Thorn 300 000, Neustadt 80 000, Briesen 25 000 Złoty; außerdem sind für die Meeresküste 160 000 Złoty bewilligt worden. Die Stadt Thorn erhielt ferner einen Kredit von 160 000 Złoty, und zwar zum Bau von Heimstätten aus der Parzellierung staatlichen Terrains.

Die Städte Culm, Graudenz, Podgorz, Thorn und Briesen gehören zur territorialen Zuständigkeit der Filiale der Landeswirtschaftsbank in Bromberg, die anderen genannten Städte zur Filiale der Landeswirtschaftsbank in Gdingen.

Graudenz (Grudziądz)

Ueber „die Kunst des Goetheanums"

sprach am Donnerstag abend im Deutschen Bücherei-Verein Frau von Brederlow-Danzig. Das Goetheanum ist, wie die Vortragende einleitend mitteilt, das auf Initiative von Rudolf Steiner, dem bekannten Anthroposophen, in Dornach bei Basel (Schweiz) errichtete Institut. Es hat seinen Namen nach dem deutschen Dichterfürsten erhalten. Die Kunst dieses Goetheanums beginne sich langsam ihren Platz in der Welt zu erobern. Sie sei schon vor dem Kriege als großer kulturbildender Impuls von dem vorausschauenden Geist ihres Inaugurators der Menschheit gegeben worden. Diese Kunst trete an Stelle des antiquierten Balletts zur Unterstützung des dramatischen Erlebnisses und in der Erziehung der Jugend zur Kunst Eurhythmie wurde sie genannt, aber mit weitaus größerem Recht verdiente sie mehr als alle anderen Bewegungssysteme einen deutschen Namen, weil sie die einzige Bewegungskunst sei, die deutschem Geistesleben entsprossen ist. In längeren, interessanten Ausführungen gab die Rednerin die Entstehungsideen der Eurhythmie, ihre Grundlagen und die Unterschiede von der sonstigen Bewegungskunst bekannt. Tanz und Gymnastik seien erfunden, erdacht oder subjektiv erfühlt. Eurhythmie stellt aber geistige Gesetzmäßigkeiten im Raum dar, wie jede andere Kunst. Sie sei gefunden worden und bilde die von Sprache und Ton abgelöste Gebärdenform, die Geste der Seele als selbständige Kunst in Körperbewegungen. Eurhythmie entreiße dem Körper die Bewegungen, die in Anpassung an das Irdische entstanden sind. Sie sei das Gegenteil von Gymnastik, Tanz und Mimik. In der Eurhythmie kämen Ton und Laut gleicherweise zum Ausdruck in der Körperbewegung. Eurhythmie könne die Künste wieder zu ihrem wesentlichen, wesenhaften Ursprung zurückführen, zu ihrer Aufgabe, die Verbindung mit der „anderen Seite" der Dinge zwischen Mensch und Gott aufrecht zu erhalten. Festzuhalten sei stets: in Sprache und Musik ziehe Eurhythmie gleichsam einen höheren Menschen in uns hinein, einen übersinnlichen Menschen, dessen wunderbarer geistiger Bau in den Gesetzmäßigkeiten aller Künste erfaßt werden könne. Die Vortragende betonte dabei, daß hier unter Übersinnlichkeit keineswegs etwas zu verstehen sei, was mit Spiritismus zu tun habe — damit habe Eurhythmie absolut nichts zu schaffen. Eurhytmie sei die Erfüllung der Zeitensehnsucht der Menschen, sie erhebe sie aus der Materie; sie sei eine neue Volkskunst, die Seligkeit im Schaffen gebe, und die, um mit Goethe zu sprechen, uns wieder in die Arme der Gottheit erhebe. Diese neue Bewegungskunst habe noch eine andere, wichtige Bedeutung, nämlich als Heileurhythmie. Zapplige, unruhige Kinder, in denen die Sünden alkoholischer Väter wirkten, könnten dadurch stark beruhigt werden, daß sie gelöst würden durch rhythmisch angeordnete, durch Vokale zusammengeformte Bewegungen.

Inmitten ihrer Ausführungen und auch an deren Schlusse gab die Rednerin den Anwesenden eine praktische eurhythmische Vorführung. Eine in ein zunächst weißes, später rötliches, glatt herabfallendes Gewand mit schleierartigem Überwurf gekleidete junge Dame setzte auf der Bühne von der Vortragenden gesprochene Vokale, Konsonanten, Versfüße, Worte, Sätze, ganze Gedichte, musikalische Intervalle, Musikstücke in die eigenartigen Bewegungen der Eurhythmie um. Diese bestanden im wesentlichen in das Gesprochene oder Gespielte ihrem Sinne nach entsprechend wiedergebenden Arm- und Handbewegungen, sowie gemessenem, ruhigerem Hin- und Herschreiten, ohne jede Veränderung des tiefernsten Gesichtsausdruckes. Das Fehlen also jeglicher Mimik, wie das gleichsam weltentrückte wesenhafte Gleiten und wohlabgewogene Agieren mit den Gliedmaßen gaben diesen von der gewöhnlichen Tanzart in der Tat weit entfernten Demonstrationen, zumal bei der wechselnden farbigen Beleuchtung, einen gewissen übersinnlichen Charakter. Hier handelt es sich in der Tat um eine in ihrer edlen Form, ihrer einzigartigen Harmonie tiefen Eindruck machende Bewegungskunst, deren Wirkung auf die Schauenden und Hörenden sich in starkem Beifall äußerte, wie solcher auch dem Vortrag der Frau von Brederlow überhaupt zuteil geworden war.

Der sehr anziehende Abend hätte einen erheblich besseren Besuch verdient. *

× **Auslegung des städtischen Haushaltsvoranschlages.** Von der Stadtverwaltung wird bekanntgegeben, daß der Budgetvoranschlag für das Jahr vom 1. April 1934 bis zum 31. März 1935 in der Zeit vom 17. bis einschließlich 24. Februar d. J. im Rathause, Zimmer 322, während der Stunden von 10—12 Uhr vormittags zur öffentlichen Einsicht ausliegt. Etwaige Einsprüche gegen Festsetzungen des Voranschlages können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Budgetabteilung, eingereicht werden. *

× **Der Ausländerverkehr** gestaltete sich im Monat Januar d. J. in Graudenz wie folgt. Es reisten zu: **41 Deutsche, 5 Danziger und 3** Tschechoslowaken, insgesamt 49; Graudenz verließen 49 Deutsche, 7 Danziger und 3 Tschechoslowaken, insgesamt 59. Es sind im vorigen Monat somit 10 Ausländer mehr ab- als zugereist. *

× **Beim Kartenspiel!** Streitereien beim Kartenspiel ereignen sich ja manchmal, aber sie nehmen zum Glück selten so heftigen Charakter an, wie dies am Freitag in einer Wohnung in der Oberbergstraße (Nadgórna) der Fall war. Dort gerieten nämlich zwei Teilnehmer bei solcher Gelegenheit in Konflikt, und zwar aus dem „inhaltschweren" Grunde, weil der eine der beiden den anderen den riesenhaften Gewinn von — 50 Groschen nicht bezahlen wollte. Von hitzigen Worten ging man zu schlagkräftigeren Beweisen über, und da an der Schlägerei sich auch die Kiebitze beteiligten, hatte die liebliche Szene eine recht scharfe und lärmende Form Einer der Spielteilnehmer erhielt von seinem Gegner mit einem Stuhl einen so starken Hieb auf den Kopf, daß der Geschlagene für eine Weile die Besinnung verlor. Schließlich griff herbeigerufene Polizei ein und machte der aufregenden Geschichte ein Ende. Dem arg Mißhandelten verband ein ebenfalls geholter Arzt seine durch den Stuhlhieb erhaltene Wunde. *

× **Ein bedeutender Einbruchsdiebstahl** wurde nachts bei dem Kaufmann H. Krüger, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 33, verübt. Die Täter erbrachen das auf dem Hofe befindliche Magazin und stahlen 76 Stück Felle im Werte von ca. 400 Złoty. *

× **Wie weit es die Verwegenheit der auf Raub lauernden Spitzbuben** treibt, beweist die Tatsache, daß, wie der Eisenbahnbeamte Kopczynski der Polizeibehörde meldete, am letzten Donnerstag zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags aus einem Waggon eines auf der hiesigen Eisenbahnstation stehenden Güterzuges von bisher unermittelten Tätern 15 Bettmatratzen im Werte von 200 Złoty gestohlen worden sind. *

t **Der Sonnabend-Wochenmarkt** ließ an Zufuhr und Verkehr zu wünschen übrig. Die Butter kostete 1,30—1,40, Eier 1,30, Weißkäse 0,10—0,60, Äpfel 0,45—0,70, Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,35, Spinat 0,60—0,70, Radieschen Bündchen 0,50, Wruken und Zwiebeln 0,10 je Pfund, Kartoffeln 2,40—2,60 der Zentner, das Pfund 0,03. Hühner kosteten 3—4,00, Puten 5—6,50, Tauben das Paar 1,00, Wildenten 1,80. An Fischen gab es nur Hechte zu 1—1,20, Plötze 0,25—0,50, Heringe drei Pfund 1,00, Breitlinge vier Pfund 0,50, Sprotten Pfund 0,40, Kiste 1,00. Wilde Kaninchen erhielt man das Stück zu 0,80—1,00. Die Blumenstände boten reichliche Auswahl an Blumen zu recht billigen Preisen. Tannengrün, Osterruten und Palmkätzchen kosteten je Bündchen 0,10. *

Thorn (Toruń)

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** ist, nachdem sich das Eis „etwas Luft gemacht" hat, von Freitag bis Sonnabend früh um 13 Zentimeter auf 1,63 Meter über Normal zurückgegangen. * *

v **Das Finanzamt für Akzisen und Staatsmonopole in Thorn** (Urząd Skarbowy Akcyz i Monopolów Państwowych w Toruniu) gibt nachstehende freie Alkoholverkaufsstellen bekannt: Im Kreise Thorn: Detailverkauf mit Ausschankberechtigung in Podgorz, Dybowo und Brzoza; nur Detailverkauf in verschlossenen Flaschen, ohne Ausschankberechtigung, in Wrzosy, Siemon, Lonzyn und Nawra. Im Kreise Schwetz (Świecie): Detailverkauf mit Ausschankberechtigung in Bagniewo; nur Detailverkauf in verschlossenen Flaschen in Warlubien. * *

t **Die Feuerwehr** wurde Freitag mittag nach der Mauerstraße (ul. Podmurna) alarmiert, wo über dem Hause Nr. 67 eine dicke Rauchwolke zu bemerken war. Es lag aber keine Brandgefahr vor, vielmehr war ein Kokskorb zwecks Desinfektion einer Wohnung angezündet worden. * *

v **Die Feuerwehr** wurde Freitag nachmittag nach der Baderstraße gerufen, wo in den Kellerräumen des Hauses Nr. 13 dem Pächter Siwca gehörende Kisten mit Wolle aus bisher unbekannter Ursache in Brand geraten waren. Nachdem sich die Feuerwehrleute mit Hilfe von Rauchmasken Zugang zu dem Keller verschafft hatten, konnte der Brand in verhältnismäßig kurzer Zeit abgelöscht werden. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt. * *

t **Der Unterschlagungsprozeß** gegen den früheren Schulzen der Gemeinde Rentschkau, Kreis Thorn, Fr. Jeliński, endete am Freitag vor dem Bezirksgericht mit der Urteilsverkündung. J. wurde der Unterschlagung von 6540 Złoty staatlicher und Gemeindesteuergelder für schuldig erachtet und zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt nebst Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Der Angeklagte konnte das bei einer Revision festgestellte Defizit nicht erklären und nur über den Verbleib von 2800 Złoty, die er im Juni 1932 in Thorn abliefern wollte, aussagen, daß sie ihm auf unerklärliche Weise abhanden gekommen seien. Diesen doch immerhin erheblichen Verlust hat er nicht angezeigt, vielmehr blieb er daraufhin fast ein Vierteljahr von Hause fort, so daß seine Ehefrau alles mobil machte, um seinen Verbleib zu ermitteln. Ein Sachverständiger erklärte die Buchführung des Angeklagten als „doppelte", da er je ein Buch für die Behörden und für sich führte und ebenso den Steuerzahlern Quittungen gab, deren Duplikate er unterschlug und wofür er die später ausgefertigten Duplikate aus einem anderen Quittungsblock den Akten beilegte. J. war Präses der Feuerwehr und des Aufständischen- und Kriegervereins. * *

v **Aus dem Gerichtssaal.** Die vorübergehend in den Baracken in der Eichbergstraße (Pod Dębową Górą) untergebrachten Agnieszka Toszek und Helena Falkowska verließen weder zu dem bestimmten Zeitpunkt die Baracke, noch zahlten sie den Mietszins, weswegen sie exmittiert werden sollten. Als im Oktober vorigen Jahres der Magistratsbeamte Lipski in Begleitung zweier Gehilfen zur Exmission schreiten wollte, leisteten die Genannten Widerstand und gebrauchten dabei allerhand Kraftausdrücke. — Wegen dieser Sache hatten sich die widerspenstigen Mieterinnen jetzt vor Gericht zu verantworten. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der Angeklagten Toszek zu 4 Monaten Arrest, und der Falkowska zu 1 Monat Gefängnis; wobei das Gericht beiden Angeklagten eine Bewährungfrist zubilligte. * *

‡ **Wegen Geldwuchers und Betruges** wurden am Freitag zwei Personen verhaftet und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht übergeben. Zwei andere Personen wurden wegen Herumtreibens auf eisenbahnfiskalischem Gebiet und eine Person wegen Veranstaltung unerlaubten Glücksspiels dingfest gemacht und der Burgstarostei zugeführt. Eine 74 Jahre alte Greisin, die sich aller Unterhaltsmittel bar in den Straßen herumtrieb, wurde der Wohlfahrtsabteilung der Stadtverwaltung übergeben. Wegen Trunkenheit erfolgte eine Sistierung. — Zur Anmeldung und Protokollierung kamen fünf Diebstähle, von denen einer baldige Aufklärung fand, ein Betrug und eine Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften. * *

---

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 19. Februar. Während eines Karnevalsvergnügens versuchten Diebe in den Spirituosenkeller des Hotelbesitzers Klimek einzudringen und sich ebenfalls einen vergnügten Karnevalsabschluß zu verschaffen. Sie wurden jedoch gestört und flohen unter Zurücklassung ihrer Handwerkszeuge. — Ungebetene Gäste drangen in die Wohnung des St. Działkowski in Treuhausen ein und stahlen eine beträchtliche Menge Garderobe. — Dem Landwirt Willmerstadt in Ostrowo wurde eine Feldschmiede gestohlen. Bei den sofort angestellten Nachforschungen wurde dieselbe in einem Strohschober des Landwirts Bogdański versteckt aufgefunden.

Die hiesige Stadtverwaltung verpachtet auf dem Wege öffentlicher Ausschreibung den Ausschank im städtischen Markthause sowie das Nutzrecht auf die dortige Waage auf die Dauer von 4 Jahren. Offerten mit Angabe der monatlichen Pachtsumme sind in geschlossenen Umschlägen bis zum 27. d. M. an das städtische Bauamt — Magistrat — einzureichen. Dortselbst sind auch die näheren Pachtbedingungen einzusehen. Reflektanten müssen eine Kaution von 200 Złoty stellen.

d **Gdingen** (Gdynia), 17. Februar. Gestern fand abermals eine Stadtverordnetensitzung statt. Man beschloß einstimmig, beim Arbeitsfonds (Fundusz Pracy)

eine Anleihe in Höhe von 100 000 Złoty aufzunehmen. Die genannte Summe soll zum Bau von Wegen und Straßen in der Stadt dienen. Ebenso einstimmig wurden die Beamtenetats beschlossen, die 123 Beamtenstellen, einen Feuerwehroffizier, 40 Feuerwehrleute, 10 Bureaudiener, einen Chauffeur, einen Drucker, zwei Wegearbeiter usw. vorsehen. Ferner beschloß man, bei der Kom. Kreditbank in Posen der Städtischen Sparkasse 300 000 Złoty als Wechselkredit einzuräumen. Die Städtische Sparkasse wurde ermächtigt, in der Staatlichen Wirtschaftsbank von einem Rediskontkredit in Höhe von 500 000 Złoty und einem Gewerbekredit in Höhe von 300 000 Złoty Gebrauch zu machen. Man einigte sich darauf, das zum Bau der Markthalle benötigte Gelände an der Freiheitsstraße käuflich zu erwerben. Zwecks Verhinderung des ständigen Arbeitslosenzuzuges aus anderen Städten, für die dann die Gemeinde Arbeit schaffen muß, beschloß man eine genaue Kontrolle aller ankommenden Arbeiter einzuführen. Nach Erledigung noch zahlreicher geringerer Angelegenheiten fanden die Wahlen in den Schulvorstand statt.

Einen Unglücksfall erlitt im Hafen der Arbeiter St. Grzybowski beim Ausladen von Alteisen. Er erlitt so schwere Quetschungen, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

d **Gdingen** (Gdynia), 18. Februar. In der letzten Stadtverordnetensitzung, die sieben Stunden dauerte, wurden die Berichte der Revisionskommission für die Jahre 1926 bis 1932/33 genau besprochen und genehmigt. Der Betrag von 2 Millionen Złoty soll für die nötigen Investierungsarbeiten genügen. Die Summe soll durch Abzahlungen der Haus- und Grundbesitzer für die Straßenbaukosten sowie durch die Investierungssteuer aufgebracht werden. Neue Anleihen werden nicht mehr aufgenommen, außer solchen aus dem Arbeitsfonds. Die städtischen Unternehmen müssen die zu Investierungszwecken benötigten Geldsummen selbst aufbringen. Die Bauabteilung des Regierungskommissariates ist gänzlich reorganisiert worden. Um 12.30 Uhr nachts wurde die Versammlung geschlossen.

tz **Konitz** (Chojnice), 19. Februar. Der letzte Wochenmarkt war mittelmäßig besucht. Butter kostete 1,10 bis 1,30, Eier 1,30.

In die Wohnung der Gemeindearmen Czyzewska in Czersk brachen unerkannte Täter ein und durchsuchten die ganze Wohnung nach Geld, ohne etwas zu finden. Die eingeschüchterte Bewohnerin mußte mit ihrer alten Mutter zusehen, wie die Täter ihre Habseligkeiten durchstöberten.

p **Neustadt** (Wejherowo), 19. Februar. Auf dem letzten Wochenmarkt, der gut beschickt und besucht war, kosteten Kartoffeln 2,50, Eier 1,30—1,50, Butter 1,10—1,40, Ferkel 8—12 Złoty das Stück.

Am Mittwoch, dem 21. d. M. von 7½ Uhr abends, findet eine Sitzung des Stadtparlaments statt. Zur Beratung kommen der Zusatzetat für 1933/34 und der Voranschlag für 1934/35.

h **Neumark** (Nowemiasto), 19. Februar. Ein Aufkauf von Baconschweinen findet hier am Donnerstag, 22. d. M., statt.

Eine geheime Schnapsbrennerei wurde in den letzten Tagen von der hiesigen Polizei bei dem Arbeiter Mikołaj Jeronimow in Krzemieniewo aufgedeckt. J., ein früherer russischer Kriegsgefangener, hatte dieses Gewerbe schon längere Zeit betrieben. Bei der durchgeführten Revision fand man eine komplette Brennereieinrichtung, Kühlanlage und drei Flaschen Schnaps vor. Die Einrichtung wurde beschlagnahmt und dem Finanzamt für staatliche Akzisen und Monopole in Graudenz abgeliefert.

Kürzlich begab sich in den Abendstunden die 28 Jahre alte Valeria Bartkowska aus Bratjan mit Wassereimern an den Wellefluß, um Wasser zu holen. Seit jener Zeit ist jede Spur der B. verschwunden. Man nimmt allgemein an, daß die Unglückliche in der Dunkelheit in ein Eisloch gefallen und ertrunken ist.

d **Putzig** (Puck), Seekreis, 19. Februar. Einem tödlichen Unglücksfall zum Opfer fiel Bruno Klin aus Domatau. Als er sich in betrunkenem Zustande auf dem Heimwege befand, fuhr er so heftig mit dem Fahrrad gegen einen Baum, daß er vom Rad fiel und mit dem Kopf gegen einen Chausseestein schlug. Er erlitt einen Schädelbruch. Man brachte ihn sofort ins Krankenhaus, wo er alsbald verstarb.

a **Schwetz** (Świecie), 19. Februar. Zwei Söhne des Landmanns Jędrzejewski in Lianno waren in den Wald nach Holz gefahren. Unterwegs auf der Chaussee scheute ein Pferd, wobei der eine der jungen Leute unter die Pferde geriet. Es wurde ihm der rechte Fuß gebrochen.

In Osie wurde bei dem Friseur Franz Kaczmarek ein dem Stephan Czerwinski aus Lipinek gehörendes Fahrrad gestohlen. — In Wilhelmsmark wurden aus der Wohnung des Karl Nowak 1100 Złoty Bargeld und eine Menge deutsches Silbergeld gestohlen.

Der letzte Wochenmarkt war sehr reichlich beliefert und gut besucht. Die Butterzufuhr war besonders reichlich; für das Pfund wurden 1,40 gezahlt, für Eier 1,20—1,30 pro Mandel.

Die polnische Forderung der Uebertragung der Danziger Zollverwaltung an Polen.

(Danziger Brief.)

Aus Danzig wurde amtlich gemeldet, daß die Polnische Regierung die Forderungen ihres beim Hohen Kommissar des Völkerbundes am 1. März 1932 gestellten Antrages auf **Übertragung der Danziger Zollverwaltung an Polen** wieder aufgenommen hat. Die Freie Stadt Danzig ihrerseits fordert **Beseitigung der Wirtschaftskontrollen,** die fälschlich Zollkontrollen genannt werden; sie wünscht weiter den Absatz polnischer Erzeugnisse im Danziger Gebiet durch eine Vereinbarung zu regeln. — Zu diesem Thema wird uns aus Danzig folgendes geschrieben:

Es handelt sich bei diesen Forderungen um Dinge von grundlegender Bedeutung. Das gilt zumal von dem erneuten Verlangen nach Übertragung der Danziger Zollverwaltung an Polen. Ein derartiger Antrag ist für die Freie Stadt nach wie vor unannehmbar. Die Regierung hat zwar zu ihm direkt noch nicht Stellung genommen, doch ergibt sich die Haltung der maßgebenden Kreise des Freistaates zweifelsfrei aus einem Artikel des amtlichen Organs der NSDAP, Gau Danzig, zu der Angelegenheit. Das Blatt betont in seinen Darlegungen unter der Überschrift „Um die Selbständigkeit der Danziger Wirtschaft", daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Streitfragen zwischen Danzig und Polen um einen Komplex gehen, „der den Lebensnerv des Freistaates betrifft". Die besondere Struktur des Danziger Wirtschaftslebens, so schreibt es weiter, muß auch trotz der Rolle Danzigs als Teil des gemeinsamen Danzig-polnischen Wirtschaftsgebietes berücksichtigt werden, wenn man dem Freistaat eine Existenzberechtigung überhaupt zusprechen will. Es kann von Danziger Seite nicht oft genug der unantastbare Standpunkt seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit herausgestellt werden. Alle Bestrebungen, mit Ausnahmebestimmungen gegen Danzigs Wirtschaft eine Kontrolle auszuüben oder durch Kampfmaßnahmen Einschüchterungsversuche zu unternehmen, müssen klar und deutlich als vertragswidrig bezeichnet werden und sind nicht in Einklang zu bringen mit den Bestimmungen der Pariser Konvention und des Warschauer Abkommens. Nachdem das nationalsozialistische Organ noch kurz auf die bekannte polnische Grenzsperre bzw. äußerste Erschwerung der Einfuhr Danziger Erzeugnisse und Lebensmittelprodukte nach Polen eingegangen ist, schließt es seinen Artikel mit den Sätzen ab: „Wir sind überzeugt davon, daß der Senat hartnäckig und unnachgiebig die Danzig vertraglich verbrieften Rechte verteidigt. Die Besorgnisse Danziger Wirtschaftskreise, die in den polnischen Kampfmaßnahmen die Gefahr ihrer wirtschaftlichen Vernichtung erblicken, sind nicht unberechtigt, und deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch die polnische Seite diese Frage mit der notwendigen Verantwortung in der Erkenntnis der grundsätzlichen Bedeutung ihrer Regelung anfaßt." —

Es gibt in Danzig bezüglich der unbedingten Wahrung seiner Hoheitsrechte und der Freiheit und Selbständigkeit seiner Wirtschaft keinerlei Meinungsverschiedenheit. Darüber läßt auch die übrige Presse der Freien Stadt nicht den leisesten Zweifel. Alle Vereinbarungen im Geiste des von beiden Seiten wiederholt bekundeten Willens zur Danzig-polnischen Zusammenarbeit müßten sich im Rahmen der geltenden Verträge, d. h. vor allem des Warschauer Wirtschaftsabkommens und der Pariser Konvention halten. Danzig erstrebt die Wiederherstellung des freien Warenverkehrs von Danzig nach Polen und den Fortfall der polnischen sogenannten Zollkontrollen, die in Wahrheit Wirtschaftskontrollen sind, auf Danziger Gebiet. Auf polnischer Seite will man die von Danzig verlangte Abberufung der polnischen Zollkontrolleure von einer Eingliederung der gesamten Danziger Zollverwaltung in die polnische Zollverwaltung abhängig machen. Diese Tendenzen, so wird in der Danziger Presse einmütig konstatiert, gehen über die geltenden Verträge weit hinaus und würden bedeuten, daß Danzig nicht nur auf ein Hoheitsrecht des Staates verzichten, sondern auch einen Zustand hinnehmen soll, den die Danziger Wirtschaft nicht verträgt. Die maßgebenden Warschauer Stellen dürften nicht im Zweifel darüber sein, daß die Danziger Regierung in keinem Falle in eine Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Freien Stadt willigen wird.

So möchte man in Danzig hoffen und erwarten, daß Warschau nicht auf einer unerfüllbaren Forderung bestehen bleibt: Die Freie Stadt tut alles, um durch direkte Verhandlungen zu einem endgültigen und dauernden Einvernehmen zu gelangen. „Die zu behandelnden Fragen", so umreißt ein anderes Danziger Blatt den Kernpunkt der Lage, „haben gewiß ihre Schwierigkeiten, aber sie sind auf der Basis der gegenseitigen Achtung, der Anerkennung und Berücksichtigung der nationalen Ehre und der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen nicht unlösbar. Und hat nicht gerade Danzig, das sich unter nicht leichter Verzichtleistung auf wohlberechtigte und einklagbare Ansprüche bewußt zum Pionier einer Verständigung um des europäischen Friedens willens machte, ein begründetes moralisches Anrecht auf eine Einstellung gerade des nationalbewußten polnischen Verhandlungspartners, die ein Wiederaufleben der alten Kampfsituation, den Rückfall in die unselige Unproduktivität vergangener Jahre vermeidet?

Polen ist mächtiger als Danzig. Auf ihm lastet die Hauptverantwortung für die Gestaltung der Danzig-polnischen Beziehungen und damit für den Frieden im Nordosten Europas.

*

Streiter bearbeitet Danziger Pressefragen.

Aus Danzig wird berichtet:

In der Bearbeitung der Presseangelegenheiten beim Senat der Freien Stadt Danzig ist eine Änderung insofern erfolgt, als die Pressestelle in der bisherigen Form aufgelöst ist und die Bearbeitung der Presseangelegenheiten Herrn Referenten Streiter übertragen worden sind.

Direktor Lubianski, der bis dahin die Pressestelle verwaltete, sind neue Aufgaben in der ausgebauten Fremdenwerbearbeit des Senats übertragen worden.

Rosenbergs „Mythos" auf dem Index.

Der „Osservatore Romano", das offiziöse Organ des Vatikans, meldet auf der ersten Seite:

Dekret:

Es wird verdammt das Buch A. Rosenbergs, dessen Titel lautet: „Der Mythus des 20. Jahrhunderts".

In der Generalsitzung des Höchsten Heiligen Rates, des Heiligen Offiziums („Inquisition"), der zum Schutze der Religion und der Sitten eingesetzt ist, verdammen die Herren Kardinäle und stellen auf den Index der verbotenen Bücher das Buch, was sich nennt: Alfred Rosenberg „Der Mythus des 20. Jahrhunderts".

Das Buch verachtet das gesamte Dogma der katholischen Kirche, damit zugleich die Fundamente der christlichen Religion und lehnt sie völlig ab; es kämpft für die Notwendigkeit einer neuen Religion und einer einzurichtenden deutschen Kirche und stellt das Prinzip auf, „man müsse heute einen neuen mythischen Glauben fordern, einen mythischen Glauben des Blutes; einen Glauben, in dem geglaubt wird, daß auch die göttliche Natur des Menschen durch Blut verteidigt wird; einen Glauben, der durch die hohe Wissenschaft bestätigt sei, durch welche festgestellt sei, daß das nordische Blut jenes Mysterium darstelle, wonach die alten Sakramente überwunden und besiegt worden wären".

Pius, durch Heilige Vorsehung Papst Pius VI., nach der üblichen Zusammenberufung der Räte des Heiligen Offiziums, billigte den vorgelegten Entschluß der Kardinäle, bestätigte ihn und befahl seine Veröffentlichung.

Rom, im Hause des Heiligen Offiziums,
am 9. Februar 1934.
gez. Joseph Venturi,
Notar der Höchsten Heiligen Kongregation
des Heiligen Offiziums.

*

Unmittelbar hinter diesem Dekret veröffentlicht der „Völkische Beobachter" folgende Meldung:

Alfred Rosenberg spricht zu Deutschland und zur Welt.

Der Beauftragte des Führers zur Überwachung der Schulung und Erziehung der gesamten nationalsozialistischen Bewegung, Reichsleiter Alfred Rosenberg, spricht in Gegenwart des Führers am 22. Februar,, 8 Uhr abends, vor geladenen Gästen im Sitzungssaal des Reichstages in der Kroll-Oper. Das Thema lautet: „Der Kampf um die Weltanschauung".

Der Vortrag wird vom Deutschlandsender übertragen und dann weitergeleitet nach Süd- und Nordamerika, Afrika und Asien.

Massenverhaftung evangelischer Pfarrer in Rußland.

Wie zuverlässige Nachrichten aus Rußland erkennen lassen, treibt die Lage der evangelischen Kirche in Rußland der vollkommenen Katastrophe zu. Das Vorgehen der Sowjets gegen jede Regung religiösen Lebens droht auch den letzten Rest eines geordneten Kirchenlebens zu vernichten. In Leningrad (St. Petersburg) sind in letzter Zeit allein 40 russische Pfarrer verhaftet worden. In der Ukraine haben die Sowjets 5 evangelische und 3 katholische deutsche Pfarrer festgesetzt, unter ihnen den evangelischen Propst von Südrußland, dessen Gefangennahme einen außerordentlichen Verlust für die deutsche Kirche Südrußlands bedeutet. Bei allen diesen Festnahmen handelt es sich um völlig unverdächtige Leute, die dem Staat durchaus loyal gegenüberstehen und zweifellos niemals das Geringste gegen die Sowjets unternommen haben.

Soweit noch Pastoren in Rußland ausgehalten haben und nicht in Gefängnissen, Arbeitslagern und Verbannung ein Martyrium schlimmster Art durchmachen, liegt ihre Arbeitskraft fast ganz brach, da die weitzerstreuten Gemeinden infolge der behördlichen Schikanen nicht mehr besucht werden können. Die Zahl der noch für kirchliche Dienste verfügbaren Kirchen und Bethäuser nimmt so ab, daß in manchem Kirchspiel, das zwei Dutzend Ortschaften umfaßt, kein einziger Ort für den Gottesdienst mehr zur Verfügung steht. Zusammenkünfte im Freien oder in Wohnhäusern sind völlig unmöglich. Neuerdings gestattet in manchen Gebieten auch die Behörde nicht mehr den Religionsunterricht an die Achtzehnjährigen, der früher erlaubt war, so daß Konfirmandenunterricht und Konfirmation völlig wegfallen. Von den rund 200 evangelischen Pastoren, die früher im Gebiete der heutigen Sowjetrepublik amtierten, sind heute noch knapp ein Dutzend tätig.

Bei dieser katastrophalen Lage besteht nur wenig Hoffnung, daß die neuerdings festgesetzten Geistlichen freigelassen werden, obwohl die Sowjet-Regierung wissen müßte, daß in allen protestantischen Ländern der Welt eine außerordentliche Erregung über diese Willkürakte herrscht.

Was nützt aber die „Erregung", wenn sich die Regierungen der christlichen Völker nicht einmal zum Protest aufraffen?

*

Kultusminister a. D. Wilhelm Kähler gestorben.

Im Alter von 63 Jahren ist der Professor D. Dr. Wilhelm Kähler gestorben. Die Greifswalder Universität, an der der Verstorbene seit 1918 ununterbrochen wirkte, verliert in ihm einen hervorragenden Lehrer und Forscher, der auch über den Kreis seiner Wissenschaft hinaus, insbesondere als preußischer Landtagsabgeordneter, wertvolle Arbeit für die Hochschule und die Durchführung einer nationalen Kulturpolitik geleistet hat. Weiteren Kreisen ist Professor Kähler bekannt geworden, als er Ende 1932 zum kommissarischen Leiter des Preußischen Kultusministeriums berufen wurde. Auch im kirchlichen Leben ist Professor Kähler, ein Sohn des berühmten ehemaligen Theologieprofessors Martin Kähler, führend hervorgetreten.

Nachwirkungen der Thorner Haussuchungen.

Ein Freispruch für die „Deutsche Rundschau".

Am 21. August 1933 wurden durch die Polizeiverwaltung in Thorn in dem dortigen Bureau der deutschen Sejmabgeordneten und Senatoren, wie auch in der Privatwohnung des Geschäftsführers dieses Bureaus Haussuchungen vorgenommen, um, wie die Beamten sagten, das Material über die in deutschen Kreisen eingeleitete Selbsthilfeaktion gegen die Folgen der polnischen Boykott-Hetze zu beschlagnahmen. Der Beschlagnahme verfielen bei dieser Gelegenheit eine größere Menge von Rundschreiben des „Hilfskomitees der deutschen Kaufmannschaft und Gewerbetreibenden in Polen", das für Deutsche unseres Gebietes bestimmt war, und einen Appell an die deutschen Volksgenossen richtete, in Anbetracht des von polnischer Seite durchgeführten Boykotts der deutschen Geschäfte und Betriebe bei Einkäufen und der Vergebung von Bestellungen an erster Stelle ihre Volksgenossen zu berücksichtigen.

Die „Deutsche Rundschau" brachte damals über die Haussuchungen in Thorn und über die Konsequenzen, die aus dieser Selbsthilfeaktion zu ziehen seien, einen Artikel, der jedoch auf Anordnung der Bromberger Burgstarostei beschlagnahmt wurde. Im weiteren Verfolg dieser Beschlagnahme wurde gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Rundschau" Johannes Kruse ein Strafverfahren aus § 170 St. G. B. (Verbreitung unwahrer Nachrichten, die eine allgemeine Unruhe hervorrufen könnten) eingeleitet. Die Verhandlung fand am vergangenen Donnerstag vor dem hiesigen Burggericht statt. Bei dieser Gelegenheit wurden der beschlagnahmte Artikel und auf Antrag des Angeklagten auch die „Zehn Gebote für den polnischen patriotischen Bürger" verlesen, die von polnischen Organisationen in unserem Gebiet verteilt und in der polnischen Presse veröffentlicht worden waren.

Der Staatsanwalt war nicht in der Lage, auf die Anfrage, welche Stellen in diesem Artikel der Wahrheit nicht entsprächen, eine ausreichende Antwort zu geben, beantragte aber trotzdem eine Bestrafung, da „die Schuld des Angeklagten vollauf bewiesen sei". Der Angeklagte und sein Verteidiger waren daher der Notwendigkeit enthoben, eventuelle Argumente, durch welche die Anklage gestützt worden wäre, zu widerlegen. Sie beschränkten sich daher nur darauf, den Freispruch zu beantragen.

Diesem Antrage gab das Gericht denn auch statt. In einer am Sonnabend mittag anberaumten speziellen Sitzung wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf **Freispruch**. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt, In der Begründung wurde hervorgehoben, das Gericht habe festgestellt, daß der inkriminierte Artikel keine Nachrichten enthalte, die eine Bestrafung aus § 170 St. G. B. rechtfertigen könnten.

Zu dieser Feststellung hat man es also für nötig befunden: 1. die betreffende Nummer der Zeitung zu beschlagnahmen, wodurch dem Verlage große Unkosten entstanden sind, 2. den Lesern die pünktliche Zustellung der Zeitung vorzuenthalten, 3. den Angeklagten in einem besonderen Termin durch die Untersuchungsbehörde zu vernehmen, 4. einen Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen und schließlich 5. einen neuen Termin zur Verkündung des Urteils anzusetzen.

*

„10 Gebote für den polnischen patriotischen Bürger.

Während der Verhandlung in dem Prozeß, der gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Rundschau", wegen des Artikels über die im August 1933 stattgefundenen Haussuchungen in Thorn durchgeführt wurde, gelangten auch die „Zehn Gebote für den polnischen patriotischen Bürger" zur Verlesung, deren Tendenz dem aufmerksamen Leser nicht unklar bleiben dürfte. Dieses Dokument, das zum Schluß in auffallenden Lettern die Forderung enthält „Lesen und weitergeben!" und „An sichtbarer Stelle aushängen!" hat folgenden Wortlaut:

1. Denke ständig daran, daß der Deutsche dein Feind ist, daß er alles vernichten will, was polnisch ist, daß er den Polen moralisch und materiell erniedrigen möchte.
2. Gedenke, daß dem Deutschen nur die Kraft imponiert; wir werden den Kampf mit den Deutschen nicht durch Nachgiebigkeit, nicht durch Kompromisse gewinnen.
3. Lasse Anrempelungen von deutscher Seite nicht zu. Zeige deine wahre Kultur und provoziere die Deutschen nicht. Sei aber, wenn du in deiner nationalen Würde verletzt wirst, nicht feige, und reagiere kühn durch die Tat.
4. Gedenke, daß in deinen Händen die Verantwortung für das Schicksal Polens, des polnischen Volkes, unserer Kultur und Zivilisation liegt.
5. Unterstütze polnische Industrie- und Handelsunternehmungen und verkehre in polnischer Gesellschaft.
6. Nimm keine deutschen Zeitungen und deutschen Illustrierten zur Hand; denn sie verhöhnen und erniedrigen dich. Gestatte nicht, daß in den Lokalen, in denen du dich aufhältst, deutsche Zeitungen ausliegen. Protestiere laut, wenn du eine deutsche Zeitung liegen siehst.
7. Gedenke, daß du auf dem eigenen urpolnischen Boden der Herr bist, daß jede andere Nationalität hier ein Fremdkörper ist. Sprich laut polnisch und verlange von jedem die Kenntnis der polnischen Sprache. Erniedrige dich nicht durch den Gebrauch der deutschen Sprache; denn jeder polnische Bürger, der nicht polnisch kann, tut dies aus Haß und Verachtung gegen alles, was polnisch ist. Meide ein Geschäft, wo man dir deutsch antwortet, protestiere laut, wenn du Polen untertänigst deutsch sprechen hörst. Beschäme und strafe sie. Fordere die Entfernung aller öffentlichen deutschen Reklameschilder und Bekanntmachungen.
8. Wenn du Ware einkaufst, so stelle fest, ob es eine polnische ist. Fordere polnische Ware, die im Inlande durch den polnischen Arbeiter fabriziert wird. Du verringerst dadurch die Arbeitslosigkeit und hebst den Wohlstand Polens und deinen eigenen. Jeder für deutsche Ware ausgegebene Groschen stärkt die deutsche Macht und richtet sich gegen uns. Sei gewissenhaft; entziehe das Brot nicht polnischen Kindern, schmiede nicht die Waffe gegen den polnischen Soldaten!
9. Bedenke, daß die Sprache des Polen zu Hause nur die polnische Sprache sein darf. Nur polnisch spricht der Mann zur Frau, spricht man mit den Kindern; nur polnisch betet die polnische Familie. Im Notfalle ist es Pflicht des Mannes, der Frau die polnische Sprache beizubringen. Wer es zuläßt, daß die polnischen Kinder sich germanisieren, vermehrt Polens Feinde.
10. Wache über die Sicherheit des Polnischen Staates. Von allen Schädlingen, die Nachrichten sammeln, welche dem Staate Schaden zufügen können, also vor allem militärische, sind die Behörden zu benachrichtigen. Diese sind auch über Menschen in Kenntnis zu setzen, die beunruhigende Gerüchte verbreiten oder eine Beschädigung von Staatseigentum vorbereiten. Die Meldungen sind zu richten an das nächste Polizeikommando oder die Garnison.

Dieses „Kultur"-Dokument wurde ohne Unterschrift und Herstellungsvermerk verteilt.

Ein Kommentar erübrigt sich.

Presse-Prozeß um eine Todesanzeige.

Vorspiel zum Graudenzer Prozeß.

Im Anschluß an die zweimaligen blutigen Überfälle auf deutsche Bürger in Graudenz anläßlich der letzten Stadtverordnetenwahlen im November vorigen Jahres veröffentlichten die deutschen Tageszeitungen des ehemals preußischen Teilgebiets u. a. eine Todesanzeige für den ermordeten Schmiedemeister Adolf Krumm. Die „Deutsche Rundschau" und das „Pommereller Tageblatt" (Dirschau) wurden wegen der Fassung dieses Nachrufs beschlagnahmt. Im Fall des Dirschauer Blattes sah auch der Staatsanwalt in dem Inhalt der Todesanzeige einen Verstoß gegen den § 170 des Strafgesetzbuches (Veröffentlichung unwahrer Nachrichten, die geeignet sind, öffentliche Unruhe zu erregen). Am 16. Februar hatte sich nun der verantwortliche Redakteur des „Pommereller Tageblatt" Eitel Wersche vor dem Dirschauer Burggericht wegen dieser Todesanzeige zu verantworten. Wie aus der Verhandlung hervorging, beanstandete der Staatsanwalt die Fassung: „Er starb den Heldentod für sein Volkstum".

Da am 26. d. M. die Verhandlung vor dem Graudenzer Bezirksgericht gegen die Mörder von Krumm und Rieboldt beginnt, beantragte der Angeklagte die Vertagung des Prozesses bis zum Abschluß der Graudenzer Verhandlung und erklärte, daß dieser Mordprozeß in Graudenz den Wahrheitsbeweis für die beanstandeten Angaben in der Todesanzeige erbringen werde. Der Staatsanwalt lehnte seinerseits eine Vertagung ab. Der Gerichtsvorsitzende, Richter Kostka, verlangte sofort schlüssige Beweise für die unter Anklage stehende Behauptung und erklärte, daß „Schmiedemeister Krumm ja ebenso gut einem persönlichen Racheakt oder dergleichen zum Opfer gefallen sein kann", was von Wersche mit einer Schilderung der Graudenzer Ereignisse widerlegt wurde, in der gesagt wird, daß am 23. November in Graudenz die Teilnehmer einer geschlossenen deutschen Wahlversammlung von großen Haufen randalierender Demonstranten bedrängt wurden. Hierbei gingen durch Flaschen- und Steinwürfe die Fensterscheiben des Versammlungslokals in Trümmer. Angesichts der wild drohenden Menschenhaufen erbetener Polizeischutz konnte nur mit Mühe die Demonstranten aus den Vorräumen und den Vorgärten des Versammlungslokals hinausdrängen. Schließlich, so sagte der Angeklagte, habe sich der größte Teil der Polizeibeamten aber zurückgezogen mit der Erklärung, daß eine Revolte im Gefängnis ausgebrochen und die Polizei dorthin beordert sei. Auf dem Nachhausewege seien dann die Deutschen von den sie verfolgenden Demonstranten überfallen worden, wobei auch Krumm ermordet und mehrere andere Teilnehmer der Versammlung schwer verletzt worden seien (in deren Folge bekanntlich auch der Installateur Rieboldt später starb). Schlüssige Beweise hierfür vorzulegen, so erklärte der Angeklagte, sei ihm zurzeit unmöglich, da diese zu den Akten des Graudenzer Prozesses genommen seien. Diese Beweisstücke würden ergeben, daß es sich in Graudenz um eine beabsichtigte öffentliche Drohung gegen das Deutschtum handelte und nicht um einen einzelnen persönlichen Akt. Demgemäß sei auch Krumm das Opfer fremder verhetzter Elemente geworden, die ohne Grund gegen das Deutschtum vorgingen. **Krumm sei deshalb in Ausübung seiner Pflicht als deutscher Mann bei der Arbeit für die deutsche Wahlliste gefallen und den Heldentod für sein Volkstum gestorben.**

Diesen Ausführungen konnte sich auch der Richter nicht verschließen. Er vertagte die Verhandlung bis zum Eingang der Gerichtsakten des Graudenzer Mordprozesses.

Rassengesetzgebung.

Reichsminister Dr. Frick vor dem Diplomatischen Korps.

Auf Einladung des Leiters des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. Alfred Rosenberg sprach am Donnerstagabend Reichsinnenminister Dr. Frick vor dem Diplomatischen Korps und sonstigen geladenen Gästen über die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches.

Der Minister führte u. a. aus: Die tragende Idee der nationalsozialistischen Revolution war die Sehnsucht des deutschen Volkes, auf allen Gebieten seines völkischen Lebens wieder Herr im eigenen Hause zu sein. Durch die Überfremdung wichtiger öffentlicher Ämter und Berufe durch jüdische Elemente bekam das Ausland ein ganz falsches Bild von dem Wesen und der Art des deutschen Volkes.

Der „Arierparagraph".

Das Deutsche Reich hat deshalb auf Grund eines verfassungsmäßigen Gesetzes sein Berufsbeamtentum wieder so hergestellt, wie es zur Sicherung des Reiches und seiner Verwaltung nötig erschien.

Alle die Angriffe gegen die deutschen Gesetze und insbesondere gegen die Einführung des sogenannten „Arierparagraphen" sind völlig unbegründet. Volksgenosse wieder kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. Damit ist auch die Forderung, daß der Beamte deutschen Blutes sein muß, nicht nach der Staatsangehörigkeit entschieden, sondern nach der Rasse. Die Forderung der arischen Abstammung wird jedoch nicht restlos durchgeführt.

In der Befreiung des deutschen Volkskörpers von fremdrassigen Einflüssen kann sich jedoch die Rassengesetzgebung des Deutschen Reichs nicht erschöpfen. Sie muß darüber hinaus das Volk in seiner rassischen Eigenart zu mehren, zu heben und zu fördern suchen. Diesen Aufgaben dienen die Maßnahmen der Erbgesundheitspflege und Rassenhygiene.

Die völkischen Grundlagen.

Wir wissen, daß das deutsche Volk sich aus verschiedenen rassischen Bestandteilen zusammensetzt. Aber immerhin ist in ihm der Anteil der nordischen Rasse so stark und allgemein, daß das deutsche Volk als „nordisch bestimmt" angesehen werden muß. Die Leistungen der nordischen Völker auf dem Gebiete der Staatenbildung, der Kultur, der Wissenschaften und der Kunst sind aus der Geschichte allgemein bekannt. Der Begriff „nordisch" in diesem Sinne erklärt sich aus der ursprünglichen nordischen Heimat dieser Rasse. Entscheidend ist für die Rasse und damit für die Rassengesetzgebung nicht die Sprache, sondern das Blut. Man hat sich bei der Auslegung des „Arierbegriffs" an den Begriff „Arier" — „Indogermane", angelehnt.

Die Kritik an der deutschen Ariergesetzgebung richtet sich gegen die Umschreibung des Arierbegriffs. In anderen Ländern hat man oft das gleiche Ergebnis wie in Deutschland auf anderem Weg angestrebt und auch erreicht, und in der Praxis, ohne den Gesetzgeber zu bemühen, die Juden oder andere Volks- und Rassenangehörige aus Staatsstellungen entfernt. In dem Rechtsstaat Deutschland war nur der gesetzliche Weg möglich! Aber wir haben die nichtarischen Beamten nicht einfach ausgestoßen, sondern sie in Ehren und mit Versorgungsbezügen pensioniert.

Wenn ferner über zu weite Ausdehnung des Arierparagraphen insofern geklagt wird, als auch Halb- und Viertelarier erfaßt werden, so ist darauf zu erwidern, daß die Überfremdung im Beamtenkörper, bei Rechtsanwälten, Kassenärzten usw. vielfach dem jungen Deutschen den Zutritt in diese Berufe so gut wie unmöglich macht.

Bei der Übertragung des Gedankens des Arierparagraphen auf kulturelle Gebiete und auf die freie Wirtschaft fanden oft Übergriffe statt; doch sind viele Fehlgriffe dieser Art bereits durch die zuständigen Behörden richtiggestellt worden.

Wir Deutschen möchten meinen, daß auch andere stolze Völker auf dem gleichen Standpunkt stehen und grundsätzlich ebenso Wert darauf legen, ihre rassische Zusammensetzung möglichst unverfälscht und unvermischt zu erhalten, wie wir es im Ahnenkult der Japaner und Chinesen finden. Wir wollen, daß jeder Volksgenosse künftig Interesse für seine Vorfahren gewinne und erkenne, welchen Wert sie für ihn selbst, für seine Familie und damit für sein Volk, seine Rasse besitzen.

Vom kleinlichen Standpunkt des einzelnen, seiner Generation aus betrachtet, mag manches, was unsere Rassengesetzgebung enthält, sich heute noch als Bevormundung, ja als gewaltsam-gesetzlicher Eingriff in vermeintliche Rechte und Freiheiten des einzelnen Menschen darstellen. Von großen Gesichtspunkten aber, vom Standpunkt der Nation aus gesehen, muß das, was dem einzelnen zugemutet wird, zurücktreten gegenüber den Notwendigkeiten der Gesunderhaltung des Stammes, der Rasse und des Volkes. Auf diesem sittlichen Prinzip beruht die Grundlage unseres Staates und letzten Endes auch die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches.

Kleine Rundschau.

Zwei Melonen retten ein Vermögen.

Bekanntlich ist der Justizpalast in Stambul kürzlich bis auf die Grundmauern niedergebrannt, wobei auch einige Millionen Akten verbrannten. Das ist eigentlich nicht überraschend, denn die Eisenschränke, in denen die Akten aufbewahrt wurden, stammten aus einer Zeit, da die Feuersicherheit eiserner Kassen noch auf dem Papiere stand. So fiel bei dem Brand ein Schrank nach dem anderen der Glut zum Opfer.

Um so verblüffter waren die Beamten, als sie im letzten Stahlschrank einige Bündel mit Papiergeld, insgesamt 36 000 Türkenpfund, zwar leicht verbogen und stark getrocknet, sonst aber gänzlich unversehrt zum Vorschein brachten. Sie wollten es gar nicht glauben und rieben sich die Augen, um keiner Täuschung zu unterliegen. Aber es war so und nicht anders. Man konnte es sich nicht erklären, wieso hier Papier der sengenden Glut des Feuers widerstehen konnte und erfuhr schließlich eine ganz eigenartige Aufklärung. Der Hauptkassier hatte wenige Stunden vor Ausbruch des Brandes zwei Melonen gekauft. Er verwahrte sie entgegen den geltenden Vorschriften in dem Stahlschrank. Da sie sehr groß waren, enthielten sie ein beträchtliches Quantum Flüssigkeit, die zu verdampfen begann, als die Flammen die Eisenkasse erreichten, so daß die Geldscheine davor bewahrt wurden, zu verkohlen. Von den beiden Melonen wurde allerdings nichts mehr gefunden, als zwei zusammengeschrumpfte, steinharte Früchte in der Größe von Nüssen. Der Kassier, der sich gegen die Vorschriften vergangen hatte, erhielt sogar eine Belobung.

eine Anleihe in Höhe von 100 000 Złoty aufzunehmen. Die genannte Summe soll zum Bau von Wegen und Straßen in der Stadt dienen. Ebenso einstimmig wurden die Beamtenetats beschlossen, die 123 Beamtenstellen, einen Feuerwehroffizier, 40 Feuerwehrleute, 10 Bureaudiener, einen Chauffeur, einen Drucker, zwei Wegearbeiter usw. vorsehen. Ferner beschloß man, bei der Kom. Kreditbank in Posen der Städtischen Sparkasse 300 000 Złoty als Wechselkredit einzuräumen. Die Städtische Sparkasse wurde ermächtigt, in der Staatlichen Wirtschaftsbank von einem Rediskontkredit in Höhe von 500 000 Złoty und einem Gewerbekredit in Höhe von 300 000 Złoty Gebrauch zu machen. Man einigte sich darauf, das zum Bau der Markthalle benötigte Gelände an der Freiheitsstraße käuflich zu erwerben. Zwecks Verhinderung des ständigen Arbeitslosenzuzuges aus anderen Städten, für die dann die Gemeinde Arbeit schaffen muß, beschloß man eine genaue Kontrolle aller ankommenden Arbeiter einzuführen. Nach Erledigung noch zahlreicher geringerer Angelegenheiten fanden die Wahlen in den Schulvorstand statt.

Einen Unglücksfall erlitt im Hafen der Arbeiter St. Grzybowski beim Ausladen von Alteisen. Er erlitt so schwere Quetschungen, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

d **Gdingen** (Gdynia), 18. Februar. In der letzten Stadtverordnetensitzung, die sieben Stunden dauerte, wurden die Berichte der Revisionskommission für die Jahre 1926 bis 1932/33 genau besprochen und genehmigt. Der Betrag von 2 Millionen Złoty soll für die nötigen Investierungsarbeiten genügen. Die Summe soll durch Abzahlungen der Haus- und Grundbesitzer für die Straßenbaukosten sowie durch die Investierungssteuer aufgebracht werden. Neue Anleihen werden nicht mehr aufgenommen, außer solchen aus dem Arbeitsfonds. Die städtischen Unternehmen müssen die zu Investierungszwecken benötigten Geldsummen selbst aufbringen. Die Bauabteilung des Regierungskommissariates ist gänzlich reorganisiert worden. Um 12.30 Uhr nachts wurde die Versammlung geschlossen.

tz **Konitz** (Chojnice), 19. Februar. Der letzte Wochenmarkt war mittelmäßig besucht. Butter kostete 1,10 bis 1,30, Eier 1,30.

In die Wohnung der Gemeindearmen Czyzewska in Czersk brachen unerkannte Täter ein und durchsuchten die ganze Wohnung nach Geld, ohne etwas zu finden. Die eingeschüchterte Bewohnerin mußte mit ihrer alten Mutter zusehen, wie die Täter ihre Habseligkeiten durchstöberten.

p **Neustadt** (Wejherowo), 19. Februar. Auf dem letzten Wochenmarkt, der gut beschickt und besucht war, kosteten Kartoffeln 2,50, Eier 1,30—1,50, Butter 1,10—1,40, Ferkel 8—12 Złoty das Stück.

Am Mittwoch, dem 21. d. M. von 7½ Uhr abends, findet eine Sitzung des Stadtparlaments statt. Zur Beratung kommen der Zusatzetat für 1933/34 und der Voranschlag für 1934/35.

h **Neumark** (Nowemiasto), 19. Februar. Ein Aufkauf von Baconschweinen findet hier am Donnerstag, 22. d. M., statt.

Eine geheime Schnapsbrennerei wurde in den letzten Tagen von der hiesigen Polizei bei dem Arbeiter Mikołaj Jeronimow in Krzemieniewo aufgedeckt. J., ein früherer russischer Kriegsgefangener, hatte dieses Gewerbe schon längere Zeit betrieben. Bei der durchgeführten Revision fand man eine komplette Brennereieinrichtung, Kühlanlage und drei Flaschen Schnaps vor. Die Einrichtung wurde beschlagnahmt und dem Finanzamt für staatliche Akzisen und Monopole in Graudenz abgeliefert.

Kürzlich begab sich in den Abendstunden die 28 Jahre alte Valeria Bartkowska aus Bratjan mit Wassereimern an den Wellefluß, um Wasser zu holen. Seit jener Zeit ist jede Spur der B. verschwunden. Man nimmt allgemein an, daß die Unglückliche in der Dunkelheit in ein Eisloch gefallen und ertrunken ist.

d **Putzig** (Puck), Seekreis, 19. Februar. Einem tödlichen Unglücksfall zum Opfer fiel Bruno Klin aus Domatau. Als er sich in betrunkenem Zustande auf dem Heimwege befand, fuhr er so heftig mit dem Fahrrad gegen einen Baum, daß er vom Rad fiel und mit dem Kopf gegen einen Chausseestein schlug. Er erlitt einen Schädelbruch. Man brachte ihn sofort ins Krankenhaus, wo er alsbald verstarb.

a **Schwetz** (Świecie), 19. Februar. Zwei Söhne des Landmanns Jędrzejewski in Lianno waren in den Wald nach Holz gefahren. Unterwegs auf der Chaussee scheute ein Pferd, wobei der eine der jungen Leute unter die Pferde geriet. Es wurde ihm der rechte Fuß gebrochen.

In Osie wurde bei dem Friseur Franz Kaczmarek ein dem Stephan Czerwinski aus Lipinek gehörendes Fahrrad gestohlen. — In Wilhelmsmark wurden aus der Wohnung des Karl Nowak 1100 Złoty Bargeld und eine Menge deutsches Silbergeld gestohlen.

Der letzte Wochenmarkt war sehr reichlich beliefert und gut besucht. Die Butterzufuhr war besonders reichlich; für das Pfund wurden 1,40 gezahlt, für Eier 1,20—1,30 pro Mandel.

Die polnische Forderung der Uebertragung der Danziger Zollverwaltung an Polen.

(Danziger Brief.)

Aus Danzig wurde amtlich gemeldet, daß die Polnische Regierung die Forderungen ihres beim Hohen Kommissar des Völkerbundes am 1. März 1932 gestellten Antrages auf **Übertragung der Danziger Zollverwaltung an Polen** wieder aufgenommen hat. Die Freie Stadt Danzig ihrerseits fordert **Beseitigung der Wirtschaftskontrollen,** die fälschlich Zollkontrollen genannt werden; sie wünscht weiter den Absatz polnischer Erzeugnisse im Danziger Gebiet durch eine Vereinbarung zu regeln. — Zu diesem Thema wird uns aus Danzig folgendes geschrieben:

Es handelt sich bei diesen Forderungen um Dinge von grundlegender Bedeutung. Das gilt zumal von dem erneuten Verlangen nach Übertragung der Danziger Zollverwaltung an Polen. Ein derartiger Antrag ist für die Freie Stadt nach wie vor unannehmbar. Die Regierung hat zwar zu ihm direkt noch nicht Stellung genommen, doch ergibt sich die Haltung der maßgebenden Kreise des Freistaates zweifelsfrei aus einem Artikel des amtlichen Organs der NSDAP, Gau Danzig, zu der Angelegenheit. Das Blatt betont in seinen Darlegungen unter der Überschrift „Um die Selbständigkeit der Danziger Wirtschaft“, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Streitfragen zwischen Danzig und Polen um einen Komplex gehen, „der den Lebensnerv des Freistaates betrifft“. Die besondere Struktur des Danziger Wirtschaftslebens, so schreibt es weiter, muß auch trotz der Rolle Danzigs als Teil des gemeinsamen Danzig-polnischen Wirtschaftsgebietes berücksichtigt werden, wenn man dem Freistaat eine Existenzberechtigung überhaupt zusprechen will. Es kann von Danziger Seite nicht oft genug der unantastbare Standpunkt seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit herausgestellt werden. Alle Bestrebungen, mit Ausnahmebestimmungen gegen Danzigs Wirtschaft eine Kontrolle auszuüben oder durch Kampfmaßnahmen Einschüchterungsversuche zu unternehmen, müssen klar und deutlich als vertragswidrig bezeichnet werden und sind nicht in Einklang zu bringen mit den Bestimmungen der Pariser Konvention und des Warschauer Abkommens. Nachdem das nationalsozialistische Organ noch kurz auf die bekannte polnische Grenzsperre bzw. äußerste Erschwerung der Einfuhr Danziger Erzeugnisse und Lebensmittelprodukte nach Polen eingegangen ist, schließt es seinen Artikel mit den Sätzen ab: „Wir sind überzeugt davon, daß der Senat hartnäckig und unnachgiebig die Danzig vertraglich verbrieften Rechte verteidigt. Die Besorgnisse Danziger Wirtschaftskreise, die in den polnischen Kampfmaßnahmen die Gefahr ihrer wirtschaftlichen Vernichtung erblicken, sind nicht unberechtigt, und deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch die polnische Seite diese Frage mit der notwendigen Verantwortung in der Erkenntnis der grundsätzlichen Bedeutung ihrer Regelung anfaßt.“ —

Es gibt in Danzig bezüglich der unbedingten Wahrung seiner Hoheitsrechte und der Freiheit und Selbständigkeit seiner Wirtschaft keinerlei Meinungsverschiedenheit. Darüber läßt auch die übrige Presse der Freien Stadt nicht den leisesten Zweifel. Alle Vereinbarungen im Geiste des von beiden Seiten wiederholt bekundeten Willens zur Danzig-polnischen Zusammenarbeit müßten sich im Rahmen der geltenden Verträge, d. h. vor allem des Warschauer Wirtschaftsabkommens und der Pariser Konvention halten. Danzig erstrebt die Wiederherstellung des freien Warenverkehrs von Danzig nach Polen und den Fortfall der polnischen sogenannten Zollkontrollen, die in Wahrheit Wirtschaftskontrollen sind, auf Danziger Gebiet. Auf polnischer Seite will man die von Danzig verlangte Abberufung der polnischen Zollkontrolleure von einer Eingliederung der gesamten Danziger Zollverwaltung in die polnische Zollverwaltung abhängig machen. Diese Tendenzen, so wird in der Danziger Presse einmütig konstatiert, gehen über die geltenden Verträge weit hinaus und würden bedeuten, daß Danzig nicht nur auf ein Hoheitsrecht des Staates verzichten, sondern auch einen Zustand hinnehmen soll, den die Danziger Wirtschaft nicht verträgt. Die maßgebenden Warschauer Stellen dürften nicht im Zweifel darüber sein, daß die Danziger Regierung in keinem Falle in eine Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Freien Stadt willigen wird.

So möchte man in Danzig hoffen und erwarten, daß Warschau nicht auf einer unerfüllbaren Forderung bestehen bleibt: Die Freie Stadt tut alles, um durch direkte Verhandlungen zu einem endgültigen und dauernden Einvernehmen zu gelangen. „Die zu behandelnden Fragen“, so umreißt ein anderes Danziger Blatt den Kernpunkt der Lage, „haben gewiß ihre Schwierigkeiten, aber sie sind auf der Basis der gegenseitigen Achtung, der Anerkennung und Berücksichtigung der nationalen Ehre und der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen nicht unlösbar. Und hat nicht gerade Danzig, das sich unter nicht leichter Verzichtleistung auf wohlberechtigte und einklagbare Ansprüche bewußt zum Pionier einer Verständigung um des europäischen Friedens willens machte, ein begründetes moralisches Anrecht auf eine Einstellung gerade des nationalbewußten polnischen Verhandlungspartners, die ein Wiederaufleben der alten Kampfsituation, den Rückfall in die unselige Unproduktivität vergangener Jahre vermeidet?

Polen ist mächtiger als Danzig. Auf ihm lastet die Hauptverantwortung für die Gestaltung der Danzig-polnischen Beziehungen und damit für den Frieden im Nordosten Europas.

*

Streiter bearbeitet Danziger Pressefragen.

Aus Danzig wird berichtet:

In der Bearbeitung der Presseangelegenheiten beim Senat der Freien Stadt Danzig ist eine Änderung insofern erfolgt, als die Pressestelle in der bisherigen Form aufgelöst ist und die Bearbeitung der Presseangelegenheiten Herrn Referenten Streiter übertragen worden sind.

Direktor Lubianski, der bis dahin die Pressestelle verwaltete, sind neue Aufgaben in der ausgebauten Fremdenwerbearbeit des Senats übertragen worden.

Rosenbergs „Mythos“ auf dem Index.

Der „Osservatore Romano“, das offiziöse Organ des Vatikans, meldet auf der ersten Seite:

Dekret:

Es wird verdammt das Buch A. Rosenbergs, dessen Titel lautet: „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“.

In der Generalsitzung des Höchsten Heiligen Rates, des Heiligen Offiziums („Inquisition“), der zum Schutze der Religion und der Sitten eingesetzt ist, verdammen die Herren Kardinäle und stellen auf den Index der verbotenen Bücher das Buch, was sich nennt: Alfred Rosenberg „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“.

Das Buch verachtet das gesamte Dogma der katholischen Kirche, damit zugleich die Fundamente der christlichen Religion und lehnt sie völlig ab; es kämpft für die Notwendigkeit einer neuen Religion und einer einzurichtenden deutschen Kirche und stellt das Prinzip auf, „man müsse heute einen neuen mythischen Glauben fordern, einen mythischen Glauben des Blutes; einen Glauben, in dem geglaubt wird, daß auch die göttliche Natur des Menschen durch Blut verteidigt wird; einen Glauben, der durch die hohe Wissenschaft bestätigt sei, durch welche festgestellt sei, daß das nordische Blut jenes Mysterium darstelle, wonach die alten Sakramente überwunden und besiegt worden wären“.

Pius, durch Heilige Vorsehung Papst Pius VI., nach der üblichen Zusammenberufung der Räte des Heiligen Offiziums, billigte den vorgelegten Entschluß der Kardinäle, bestätigte ihn und befahl seine Veröffentlichung.

Rom, im Hause des Heiligen Offiziums,
am 9. Februar 1934.
gez. Joseph Venturi,
Notar der Höchsten Heiligen Kongregation des Heiligen Offiziums.

*

Unmittelbar hinter diesem Dekret veröffentlicht der „Völkische Beobachter“ folgende Meldung:

Alfred Rosenberg spricht zu Deutschland und zur Welt.

Der Beauftragte des Führers zur Überwachung der Schulung und Erziehung der gesamten nationalsozialistischen Bewegung, Reichsleiter Alfred Rosenberg, spricht in Gegenwart des Führers am 22. Februar, 8 Uhr abends, vor geladenen Gästen im Sitzungssaal des Reichstages in der Kroll-Oper. Das Thema lautet: „Der Kampf um die Weltanschauung“.

Der Vortrag wird vom Deutschlandsender übertragen und dann weitergeleitet nach Süd- und Nordamerika, Afrika und Asien.

Massenverhaftung evangelischer Pfarrer in Rußland.

Wie zuverlässige Nachrichten aus Rußland erkennen lassen, treibt die Lage der evangelischen Kirche in Rußland der vollkommenen Katastrophe zu. Das Vorgehen der Sowjets gegen jede Regung religiösen Lebens droht auch den letzten Rest eines geordneten Kirchenlebens zu vernichten. In Leningrad (St. Petersburg) sind in letzter Zeit allein 40 russische Pfarrer verhaftet worden. In der Ukraine haben die Sowjets 5 evangelische und 3 katholische deutsche Pfarrer festgesetzt, unter ihnen den evangelischen Propst von Südrußland, dessen Gefangennahme einen außerordentlichen Verlust für die deutsche Kirche Südrußlands bedeutet. Bei allen diesen Festnahmen handelt es sich um völlig unverdächtige Leute, die dem Staat durchaus loyal gegenüberstehen und zweifellos niemals das Geringste gegen die Sowjets unternommen haben.

Soweit noch Pastoren in Rußland ausgehalten haben und nicht in Gefängnissen, Arbeitslagern und Verbannung ein Martyrium schlimmster Art durchmachen, liegt ihre Arbeitskraft fast ganz brach, da die weitzerstreuten Gemeinden infolge der behördlichen Schikanen nicht mehr besucht werden können. Die Zahl der noch für kirchliche Dienste verfügbaren Kirchen und Bethäuser nimmt so ab, daß in manchem Kirchspiel, das zwei Dutzend Ortschaften umfaßt, kein einziger Ort für den Gottesdienst mehr zur Verfügung steht. Zusammenkünfte im Freien oder in Wohnhäusern sind völlig unmöglich. Neuerdings gestattet in manchen Gebieten auch die Behörde nicht mehr den Religionsunterricht an die Achtzehnjährigen, der früher erlaubt war, so daß Konfirmandenunterricht und Konfirmation völlig wegfallen. Von den rund 200 evangelischen Pastoren, die früher im Gebiete der heutigen Sowjetrepublik amtierten, sind heute noch knapp ein Dutzend tätig.

Bei dieser katastrophalen Lage besteht nur wenig Hoffnung, daß die neuerdings festgesetzten Geistlichen freigelassen werden, obwohl die Sowjet-Regierung wissen müßte, daß in allen protestantischen Ländern der Welt eine außerordentliche Erregung über diese Willkürakte herrscht.

Was nützt aber die „Erregung“, wenn sich die Regierungen der christlichen Völker nicht einmal zum Protest aufraffen?

*

Kultusminister a. D. Wilhelm Kähler gestorben.

Im Alter von 63 Jahren ist der Professor D. Dr. Wilhelm Kähler gestorben. Die Greifswalder Universität, an der der Verstorbene seit 1918 ununterbrochen wirkte, verliert in ihm einen hervorragenden Lehrer und Forscher, der auch über den Kreis seiner Wissenschaft hinaus, insbesondere als preußischer Landtagsabgeordneter, wertvolle Arbeit für die Hochschule und die Durchführung einer nationalen Kulturpolitik geleistet hat. Weiteren Kreisen ist Professor Kähler bekannt geworden, als er Ende 1932 zum kommissarischen Leiter des Preußischen Kultusministeriums berufen wurde. Auch im kirchlichen Leben ist Professor Kähler, ein Sohn des berühmten ehemaligen Theologieprofessors Martin Kähler, führend hervorgetreten.

Nachwirkungen der Thorner Haussuchungen.

Ein Freispruch für die „Deutsche Rundschau“.

Am 21. August 1933 wurden durch die Polizeiverwaltung in Thorn in dem dortigen Bureau der deutschen Sejmabgeordneten und Senatoren, wie auch in der Privatwohnung des Geschäftsführers dieses Bureaus Haussuchungen vorgenommen, um, wie die Beamten sagten, das Material über die in deutschen Kreisen eingeleitete Selbsthilfeaktion gegen die Folgen der polnischen Boykott-Hetze zu beschlagnahmen. Der Beschlagnahme verfielen bei dieser Gelegenheit eine größere Menge von Rundschreiben des „Hilfskomitees der deutschen Kaufmannschaft und Gewerbetreibenden in Polen“, das für Deutsche unseres Gebietes bestimmt war, und einen Appell an die deutschen Volksgenossen richtete, in Anbetracht des von polnischer Seite durchgeführten Boykotts der deutschen Geschäfte und Betriebe bei Einkäufen und der Vergebung von Bestellungen an erster Stelle ihre Volksgenossen zu berücksichtigen.

Die „Deutsche Rundschau“ brachte damals über die Haussuchungen in Thorn und über die Konsequenzen, die aus dieser Selbsthilfeaktion zu ziehen seien, einen Artikel, der jedoch auf Anordnung der Bromberger Burgstarostei beschlagnahmt wurde. Im weiteren Verfolg dieser Beschlagnahme wurde gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Rundschau“ Johannes Kruse ein Strafverfahren aus § 170 St. G. B. (Verbreitung unwahrer Nachrichten, die eine allgemeine Unruhe hervorrufen könnten) eingeleitet. Die Verhandlung fand am vergangenen Donnerstag vor dem hiesigen Burggericht statt. Bei dieser Gelegenheit wurden der beschlagnahmte Artikel und auf Antrag des Angeklagten auch die „Zehn Gebote für den polnischen patriotischen Bürger“ verlesen, die von polnischen Organisationen in unserem Gebiet verteilt und in der polnischen Presse veröffentlicht worden waren.

Der Staatsanwalt war nicht in der Lage, auf die Anfrage, welche Stellen in diesem Artikel der Wahrheit nicht entsprächen, eine ausreichende Antwort zu geben, beantragte aber trotzdem eine Bestrafung, da „die Schuld des Angeklagten vollauf bewiesen sei“. Der Angeklagte und sein Verteidiger waren daher der Notwendigkeit enthoben, eventuelle Argumente, durch welche die Anklage gestützt worden wäre, zu widerlegen. Sie beschränkten sich daher nur darauf, den Freispruch zu beantragen.

Diesem Antrage gab das **Gericht denn auch** statt. In einer am Sonnabend mittag anberaumten speziellen Sitzung wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf **Freispruch.** Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt, In der Begründung wurde hervorgehoben, das Gericht habe festgestellt, daß der inkriminierte Artikel keine Nachrichten enthalte, die eine Bestrafung aus § 170 St. G. B. rechtfertigen könnten.

Zu dieser Feststellung hat man es also für nötig befunden: 1. die betreffende Nummer der Zeitung zu beschlagnahmen, wodurch dem Verlage große Unkosten entstanden sind, 2. den Lesern die pünktliche Zustellung der Zeitung vorzuenthalten, 3. den Angeklagten in einem besonderen Termin durch die Untersuchungsbehörde zu vernehmen, 4. einen Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen und schließlich 5. einen neuen Termin zur Verkündung des Urteils anzusetzen.

*

„10 Gebote für den polnischen patriotischen Bürger.

Während der Verhandlung in dem Prozeß, der gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Rundschau“, wegen des Artikels über die im August 1933 stattgefundenen Haussuchungen in Thorn durchgeführt wurde, gelangten auch die „Zehn Gebote für den polnischen patriotischen Bürger“ zur Verlesung, deren Tendenz dem aufmerksamen Leser nicht unklar bleiben dürfte. Dieses Dokument, das zum Schluß in auffallenden Lettern die Forderung enthält „Lesen und weitergeben!“ und „An sichtbarer Stelle aushängen!“ hat folgenden Wortlaut:

1. Denke ständig daran, daß der Deutsche dein Feind ist, daß er alles vernichten will, was polnisch ist, daß er den Polen moralisch und materiell erniedrigen möchte.
2. Gedenke, daß dem Deutschen nur die Kraft imponiert; wir werden den Kampf mit den Deutschen nicht durch Nachgiebigkeit, nicht durch Kompromisse gewinnen.
3. Lasse Anrempelungen von deutscher Seite nicht zu. Zeige deine wahre Kultur und provoziere die Deutschen nicht. Sei aber, wenn du in deiner nationalen Würde verletzt wirst, nicht feige, und reagiere kühn durch die Tat.
4. Gedenke, daß in deinen Händen die Verantwortung für das Schicksal Polens, des polnischen Volkes, unserer Kultur und Zivilisation liegt.
5. Unterstütze polnische Industrie- und Handelsunternehmungen und verkehre in polnischer Gesellschaft.
6. Nimm keine deutschen Zeitungen und deutschen Illustrierten zur Hand; denn sie verhöhnen und erniedrigen dich. Gestatte nicht, daß in den Lokalen, in denen du dich aufhältst, deutsche Zeitungen ausliegen. Protestiere laut, wenn du eine deutsche Zeitung liegen siehst.
7. Gedenke, daß du auf dem eigenen urpolnischen Boden der Herr bist, daß jede andere Nationalität hier ein Fremdkörper ist. Sprich laut polnisch und verlange von jedem die Kenntnis der polnischen Sprache. Erniedrige dich nicht durch den Gebrauch der deutschen Sprache; denn jeder polnische Bürger, der nicht polnisch kann, tut dies aus Haß und Verachtung gegen alles, was polnisch ist. Meide ein Geschäft, wo man dir deutsch antwortet, protestiere laut, wenn du Polen untertänigst deutsch sprechen hörst. Beschäme und strafe sie. Fordere die Entfernung aller öffentlichen deutschen Reklameschilder und Bekanntmachungen.
8. Wenn du Ware einkaufst, so stelle fest, ob es eine polnische ist. Fordere polnische Ware, die im Inlande durch den polnischen Arbeiter fabriziert wird. Du verringerst dadurch die Arbeitslosigkeit und hebst den Wohlstand Polens und deinen eigenen. Jeder für deutsche Ware ausgegebene Groschen stärkt die deutsche Macht und richtet sich gegen uns. Sei gewissenhaft; entziehe das Brot nicht polnischen Kindern, schmiede nicht die Waffe gegen den polnischen Soldaten!
9. Bedenke, daß die Sprache des Polen zu Hause nur die polnische Sprache sein darf. Nur polnisch spricht der Mann zur Frau, spricht man mit den Kindern; nur polnisch betet die polnische Familie. Im Notfalle ist es Pflicht des Mannes, der Frau die polnische Sprache beizubringen. Wer es zuläßt, daß die polnischen Kinoer sich germanisieren, vermehrt Polens Feinde.
10. Wache über die Sicherheit des Polnischen Staates. Von allen Schädlingen, die Nachrichten sammeln, welche dem Staate Schaden zufügen können, also vor allem militärische, sind die Behörden zu benachrichtigen. Diese sind auch über Menschen in Kenntnis zu setzen, die beunruhigende Gerüchte verbreiten oder eine Beschädigung von Staatseigentum vorbereiten. Die Meldungen sind zu richten an das nächste Polizeikommando oder die Garnison.

Dieses „Kultur“-Dokument wurde ohne Unterschrift und Herstellungsvermerk verteilt.

Ein Kommentar erübrigt sich.

Presse-Prozeß um eine Todesanzeige.

Vorspiel zum Graudenzer Prozeß.

Im Anschluß an die zweimaligen blutigen Überfälle auf deutsche Bürger in Graudenz anläßlich der letzten Stadtverordnetenwahlen im November vorigen Jahres veröffentlichten die deutschen Tageszeitungen des ehemals preußischen Teilgebiets u. a. eine Todesanzeige für den ermordeten Schmiedemeister Adolf Krumm. Die „Deutsche Rundschau“ und das „Pommereller Tageblatt“ (Dirschau) wurden wegen der Fassung dieses Nachrufs beschlagnahmt. Im Fall des Dirschauer Blattes sah auch der Staatsanwalt in dem Inhalt der Todesanzeige einen Verstoß gegen den § 170 des Strafgesetzbuches (Veröffentlichung unwahrer Nachrichten, die geeignet sind, öffentliche Unruhe zu erregen). Am 16. Februar hatte sich nun der verantwortliche Redakteur des „Pommereller Tageblatt“ Eitel Wersche vor dem Dirschauer Burggericht wegen dieser Todesanzeige zu verantworten. Wie aus der Verhandlung hervorging, beanstandete der Staatsanwalt die Fassung: „**Er starb den Heldentod für sein Volkstum**“.

Da am 26. d. M. die Verhandlung vor dem Graudenzer Bezirksgericht gegen die Mörder von Krumm und Rieboldt beginnt, beantragte der Angeklagte die Vertagung des Prozesses bis zum Abschluß der Graudenzer Verhandlung und erklärte, daß dieser Mordprozeß in Graudenz den Wahrheitsbeweis für die beanstandeten Angaben in der Todesanzeige erbringen werde. Der Staatsanwalt lehnte seinerseits eine Vertagung ab. Der Gerichtsvorsitzende, Richter Kostka, verlangte sofort schlüssige Beweise für die unter Anklage stehende Behauptung und erklärte, daß „Schmiedemeister Krumm ja ebenso gut einem persönlichen Racheakt oder dergleichen zum Opfer gefallen sein kann“, was von Wersche mit einer Schilderung der Graudenzer Ereignisse widerlegt wurde, in der gesagt wird, daß am 23. November in Graudenz die Teilnehmer einer geschlossenen deutschen Wahlversammlung von großen Haufen randalierender Demonstranten bedrängt wurden. Hierbei gingen durch Flaschen- und Steinwürfe die Fensterscheiben des Versammlungslokals in Trümmer. Angesichts der wild drohenden Menschenhaufen erbetener Polizeischutz konnte nur mit Mühe die Demonstranten aus den Vorräumen und den Vorgärten des Versammlungslokals hinausdrängen. Schließlich, so sagte der Angeklagte, habe sich der größte Teil der Polizeibeamten aber zurückgezogen mit der Erklärung, daß eine Revolte im Gefängnis ausgebrochen und die Polizei dorthin beordert sei. Auf dem Nachhausewege seien dann die Deutschen von den sie verfolgenden Demonstranten überfallen worden, wobei auch Krumm ermordet und mehrere andere Teilnehmer der Versammlung schwer verletzt worden seien (in deren Folge bekanntlich auch der Installateur Rieboldt später starb). Schlüssige Beweise hierfür vorzulegen, so erklärte der Angeklagte, sei ihm zurzeit unmöglich, da diese zu den Akten des Graudenzer Prozesses genommen seien. Diese Beweisstücke würden ergeben, daß es sich in Graudenz um eine beabsichtigte öffentliche Drohung gegen das Deutschtum handelte und nicht um einen einzelnen persönlichen Akt. Demgemäß sei auch Krumm das Opfer fremder verhetzter Elemente geworden, die ohne Grund gegen das Deutschtum vorgingen. **Krumm sei deshalb in Ausübung seiner Pflicht als deutscher Mann bei der Arbeit für die deutsche Wahlliste gefallen und den Heldentod für sein Volkstum gestorben.**

Diesen Ausführungen konnte sich auch der Richter nicht verschließen. Er vertagte die Verhandlung bis zum Eingang der Gerichtsakten des Graudenzer Mordprozesses.

Rassengesetzgebung.

Reichsminister Dr. Frick vor dem Diplomatischen Korps.

Auf Einladung des Leiters des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. Alfred Rosenberg sprach am Donnerstagabend Reichsinnenminister Dr. Frick vor dem Diplomatischen Korps und sonstigen geladenen Gästen über die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches.

Der Minister führte u. a. aus: Die tragende Idee der nationalsozialistischen Revolution war die Sehnsucht des deutschen Volkes, auf allen Gebieten seines völkischen Lebens wieder Herr im eigenen Hause zu sein. Durch die Überfremdung wichtiger öffentlicher Ämter und Berufe durch jüdische Elemente bekam das Ausland ein ganz falsches Bild von dem Wesen und der Art des deutschen Volkes.

Der „Arierparagraph“.

Das Deutsche Reich hat deshalb auf Grund eines verfassungsmäßigen Gesetzes sein Berufsbeamtentum wieder so hergestellt, wie es zur Sicherung des Reiches und seiner Verwaltung nötig erschien.

Alle die Angriffe gegen die deutschen Gesetze und insbesondere gegen die Einführung des sogenannten „Arierparagraphen“ sind völlig unbegründet. Volksgenosse wieder kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. Damit ist auch die Forderung, daß der Beamte deutschen Blutes sein muß, nicht nach der Staatsangehörigkeit entschieden, sondern nach der Rasse. Die Forderung der arischen Abstammung wird jedoch nicht restlos durchgeführt.

In der Befreiung des deutschen Volkskörpers von fremdrassigen Einflüssen kann sich jedoch die Rassengesetzgebung des Deutschen Reichs nicht erschöpfen. Sie muß darüber hinaus das Volk in seiner rassischen Eigenart zu mehren, zu heben und zu fördern suchen. Diesen Aufgaben dienen die Maßnahmen der Erbgesundheitspflege und Rassenhygiene.

Die völkischen Grundlagen.

Wir wissen, daß das deutsche Volk sich aus verschiedenen rassischen Bestandteilen zusammensetzt. Aber immerhin ist in ihm der Anteil der nordischen Rasse so stark und allgemein, daß das deutsche Volk als „nordisch bestimmt“ angesehen werden muß. Die Leistungen der nordischen Völker auf dem Gebiete der Staatenbildung, der Kultur, der Wissenschaften und der Kunst sind aus der Geschichte allgemein bekannt. Der Begriff „nordisch“ in diesem Sinne erklärt sich aus der ursprünglichen nordischen Heimat dieser Rasse. Entscheidend ist für die Rasse und damit für die Rassengesetzgebung nicht die Sprache, sondern das Blut. Man hat sich bei der Auslegung des „Arierbegriffs“ an den Begriff „Arier“ — „Indogermane“, angelehnt.

Die Kritik an der deutschen Ariergesetzgebung richtet sich gegen die Umschreibung des Arierbegriffs. In anderen Ländern hat man oft das gleiche Ergebnis wie in Deutschland auf anderem Weg angestrebt und auch erreicht, und in der Praxis, ohne den Gesetzgeber zu bemühen, die Juden oder andere Volks- und Rassenangehörige aus Staatsstellungen entfernt. In dem Rechtsstaat Deutschland war nur der gesetzliche Weg möglich! Aber wir haben die nichtarischen Beamten nicht einfach ausgestoßen, sondern sie in Ehren und mit Versorgungsbezügen pensioniert.

Wenn ferner über zu weite Ausdehnung des Arierparagraphen insofern geklagt wird, als auch Halb- und Viertelarier erfaßt werden, so ist darauf zu erwidern, daß die Überfremdung im Beamtenkörper, bei Rechtsanwälten, Kassenärzten usw. vielfach dem jungen Deutschen den Zutritt in diese Berufe so gut wie unmöglich macht.

Bei der Übertragung des Gedankens des Arierparagraphen auf kulturelle Gebiete und auf die freie Wirtschaft fanden oft Übergriffe statt; doch sind viele Fehlgriffe dieser Art bereits durch die zuständigen Behörden richtiggestellt worden.

Wir Deutschen möchten meinen, daß auch andere stolze Völker auf dem gleichen Standpunkt stehen und grundsätzlich ebenso Wert darauf legen, ihre rassische Zusammensetzung möglichst unverfälscht und unvermischt zu erhalten, wie wir es im Ahnenkult der Japaner und Chinesen finden. Wir wollen, daß jeder Volksgenosse künftig Interesse für seine Vorfahren gewinne und erkenne, welchen Wert sie für ihn selbst, für seine Familie und damit für sein Volk, seine Rasse besitzen.

Vom kleinlichen Standpunkt des einzelnen, seiner Generation aus betrachtet, mag manches, was unsere Rassengesetzgebung enthält, sich heute noch als Bevormundung, ja als gewaltsam-gesetzlicher Eingriff in vermeintliche Rechte und Freiheiten des einzelnen Menschen darstellen. Von großen Gesichtspunkten aber, vom Standpunkt der Nation aus gesehen, muß das, was dem einzelnen zugemutet wird, zurücktreten gegenüber den Notwendigkeiten der Gesunderhaltung des Stammes, der Rasse und des Volkes. Auf diesem sittlichen Prinzip beruht die Grundlage unseres Staates und letzten Endes auch die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches.

Kleine Rundschau.

Zwei Melonen retten ein Vermögen.

Bekanntlich ist der Justizpalast in Stambul kürzlich bis auf die Grundmauern niedergebrannt, wobei auch einige Millionen Akten verbrannten. Das ist eigentlich nicht überraschend, denn die Eisenschränke, in denen die Akten aufbewahrt wurden, stammten aus einer Zeit, da die Feuersicherheit eiserner Kassen noch auf dem Papiere stand. So fiel bei dem Brand ein Schrank nach dem anderen der Glut zum Opfer.

Um so verblüffter waren die Beamten, als sie im letzten Stahlschrank einige Bündel mit Papiergeld, insgesamt 36 000 Türkenpfund, zwar leicht verbogen und stark getrocknet, sonst aber gänzlich unversehrt zum Vorschein brachten. Sie wollten es gar nicht glauben und rieben sich die Augen, um keiner Täuschung zu unterliegen. Aber es war so und nicht anders. Man konnte es sich nicht erklären, wieso hier Papier der sengenden Glut des Feuers widerstehen konnte und erfuhr schließlich eine ganz eigenartige Aufklärung. Der Hauptkassier hatte wenige Stunden vor Ausbruch des Brandes zwei Melonen gekauft. Er verwahrte sie entgegen den geltenden Vorschriften in dem Stahlschrank. Da sie sehr groß waren, enthielten sie ein beträchtliches Quantum Flüssigkeit, die zu verdampfen begann, als die Flammen die Eisenkasse erreichten, so daß die Geldscheine davor bewahrt wurden, zu verkohlen. Von den beiden Melonen wurde allerdings nichts mehr gefunden, als zwei zusammengeschrumpfte, steinharte Früchte in der Größe von Nüssen. Der Kassier, der sich gegen die Vorschriften vergangen hatte, erhielt sogar eine Belobung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Getreidemarkt der Woche.

Es schien so, als wenn die außereuropäischen Märkte zu Anfang der Woche sich teilweise dem Einfluß der Devisenschwankungen anpassen wollten, aber schleßlich hat die Entwicklung der monitären Einflüsse doch eine weitere Befestigung der Warenpreise gebracht. Alle anderen Waren haben in letzter Zeit große Steigerungen erfahren, z. B. Baumwolle, Gummi, Kaffee, Zucker, nur Getreide ist verhältnismäßig am wenigsten gestiegen, weil gerade hierbei die Einmischung von Kontrollen seitens der Regierungen am größten ist. Die Beratung der 29 Delegierten, die den Ausschuß der Weizenkonferenz für internationale Festpreise bildete, hat die Sitzung auf Mitte April nach Rom vertagt, so daß von dieser Seite im Moment keine besonderen Anregungen zu erwarten sind. Die Umsätze in den Vereinigten Staaten waren etwas geringer, wohl deshalb, weil die Spekulation auf den Effekten- und anderen Märkten größere Chancen sieht. Trotzdem haben die sichtbaren Vorräte weiter abgenommen. Von Rußland haben auch in der vergangenen Woche keine Angebote vorgelegen. Auch Ungarn hat sich mit seinen Angeboten wegen der Unsicherheit über die noch nicht endgültig festliegenden Monopolpläne vorsichtig verhalten und zu erhöhten Preisen angeboten. Der Plan der Ungarischen Regierung scheint aber nicht nur in den Kreisen des Getreidehandels und der Mühlenindustrie, sondern auch bei der Landwirtschaft auf Widerstand zu stoßen. Von Argentinien sind verhältnismäßig größere Partien nach Europa abgeschwommen. England hat einige Ladungen von Australien und Argentinien gekauft, ebenfalls Holland und Belgien. Roggen wurde von Deutschland gar nicht angeboten, Ungarn verlangte Hfl. 2,15. Im allgemeinen war das Geschäft verhältnismäßig sehr ruhig. Um den Weizenmarkt in Deutschland zu entlasten, wird von der Preisberichtsstelle beim Reichsnährstand eine Selbsthilfe durch stärkere Weizenfütterung angeregt, wobei man von der Ansicht ausging, daß ein größerer Bedarf an Fettschweinen bei einer in diesem Jahr nicht ausreichenden Kartoffelmenge und anderen Futtermitteln auch eine Kalkulation bei einer Roggen- und Weizenverfütterung sieht.

Der Inlandsmarkt war für Roggen weiterhin ohne jede besondere Änderung, das Angebot war immer noch verhältnismäßig groß, so daß die staatlichen Getreidereserven die überschüssige Menge aufnehmen mußten. In der Grodnoer Gegend und auch in Kleinpolen sind dagegen die Zufuhren kleiner geworden. Es kann der Fall eintreten, daß sich späterhin sogar ein gewisser Bedarf in diesen Gebieten bemerkbar machen wird. In gutem Weizen scheint dieses schon jetzt der Fall zu sein. Auch wegen der bevorstehenden Feiertage werden in diesen Gebieten gute Qualitäten besonders gesucht. Trotzdem scheint das Geschäft nur schwer in Gang zu kommen. Bei einem zeitweise vergrößerten Angebot war die nur begrenzte Nachfrage wieder zurückhaltender, so daß die Preise nur geringen Schwankungen unterworfen waren. Die großen Weizenvorräte werden wahrscheinlich auch späterhin eine bedeutende Steigerung nicht zulassen. Der Gerstenmarkt konnte sich besonders für gute Qualitäten vorübergehend erholen, ist aber in den letzten Tagen, nachdem größere Quantitäten verkauft wurden, wieder etwas abgeschwächt. In Hafer bestand nur für gute Saatpartien Verwertungsmöglichkeit. Für Saatkartoffeln ist das Interesse in den letzten Tagen größer geworden. Es scheinen besonders gute Aussichten nach dem Ausland zu bestehen. Futtermittel werden weiterhin lebaft gefragt. Auch das Saatengeschäft hat sich im Laufe der Woche besser entwickeln können. **hd.**

Sammelbilanz der polnischen Privatbanken.

Die Sammelbilanz von 47 Aktienbanken und 7 Bankhäusern in Polen per 1. Januar 1934, bearbeitet vom Bankenkommissariat beim polnischen Finanzministerium, zeigt im Vergleich zum 1. Dezember 1933 folgende Änderungen. In Verbindung mit dem Jahresultimo weist die Kassenbereitschaft der Banken eine erhebliche Zunahme auf und erreichte eine Summe von 69,7 Mill. Zloty, gegenüber 40,4 Mill. Zloty am 1. Januar des Vorjahres. Das Portefeuille der diskontierten Wechsel hielt sich etwa auf dem Stande des Vormonats und betrug 366,6 Mill. Zloty. Die laufenden Rechnungen, soweit sie durch Pfänder gesichert waren, bekiefen sich auf 318,9 Mill. Zloty, die ungesicherten auf 129,5 Mill. Zloty. Insgesamt stieg die Summe der laufenden Rechnungen bei den Banken um 8,5 Mill. Zloty auf 448,4 Mill. Zloty. Die befristeten Kredite weisen eine Erhöhung auf 64 Mill. Zloty auf. Die langfristigen Hypothekarkredite sind mit etwa 125 Mill. Zloty unverändert geblieben.

Auf der Passivseite zeigt sich eine Verminderung der Einlagen um 1 396 000 Zloty. Erheblich gestiegen sind die Kreditsalden im Kontokorrentverkehr, und zwar um 5,6 Mill. Zloty auf 176,1 Mill. Zloty. Die Verbindlichkeiten der Banken gegenüber dem ausländischen Leihkapital erhöhten sich um 13,3 Mill. Zloty auf 178,8 Mill. Zloty. Erhöht haben sich auch die Rediskontkredite der Banken sowohl bei inländischen, als auch bei ausländischen Instituten; im Vergleich zum 1. Dezember 1933 stiegen sie um etwa 7 Mill. Zloty auf 182,9 Mill. Zloty. Die Bilanzsumme der Aktienbanken ist zum Jahresultimo um 28,6 Mill. auf 1 754 600 000 Zloty gestiegen. EWD.

Das neue polnische Handelsgesetzbuch und die polnische Landwirtschaft.

Das neue polnische Handelsgesetzbuch schreibt vor, daß auch größere Landwirtschaftsbetriebe in das Handelsregister eingetragen werden können. Gewerbliche Nebenbetriebe der Landwirtschaft müssen in das Handelsregister eingetragen werden. Durch die Eintragung wird der landwirtschaftliche Betrieb den allgemeinen Vorschriften des Handelsgesetzbuches und damit auch den Vorschriften über das Konkursverfahren unterworfen.

Diese Folgerungen stoßen auf den Widerstand der polnischen Landwirtschaft. Diese weist u. a. auf die Schwierigkeiten hin, welche z. B. auch die Führung ordentlicher Handelsbücher für sie im Gefolge hat. Den größten Bedenken begegnet aber die Anwendung des handelsrechtlichen Konkurses auf die Landwirtschaft. Aus diesem Grunde wird gefordert, daß die Vorschriften über die Eintragung von landwirtschaftlichen Betrieben in das Handelsregister lediglich auf Güter mit größerem Landbesitz und mit organisierter Verwaltung ausgedehnt werden. Über diese Fragen fanden am 29. Januar im polnischen Landwirtschaftsministerium Besprechungen statt. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen war noch nichts Näheres zu erfahren.

Die Papierverarbeitungsindustrie in Polen.

Der Beschäftigungsstand hat sich im Vergleich zum Jahre 1932 im letzten Jahre nicht geändert. Arbeitszeit war 36 Stunden. Entlassungen sind 1933 nicht vorgekommen. Die Papierpreise wurden zwei Mal herabgesetzt, für Packpapier um 4—6 Prozent, für anderes Papier von 4—8 Prozent. Die ausländischen Rohprodukte ermäßigten sich in ähnlicher Weise. Infolge Verkaufsschwierigkeiten wurde die Produktion eingeschränkt. Auch der Rückgang des Konsums trug zur Einschränkung der Produktion bei. Die Verarbeitungsfähigkeit wurde mit 50 Prozent bei 8stündigem Arbeitstag ausgenutzt.

Bedarf liegt in Polen vor für die billigsten Fabrikate. Bei einigen Papierprodukten (lithographisches Papier) fielen die Preise so, daß die eigenen Produktionskosten nicht gedeckt werden konnten. Durchschnittlich fielen die Preise um 5 Prozent. Die Bestellungen hielten sich ungefähr im Rahmen des Vorjahres. Wegen der Zahlungsschwierigkeiten jedoch werden Kredite grundsätzlich nur bis zu 30 Tagen erteilt. Bezahlung erfolgt meist mit 50 Prozent in Wechseln und 50 Prozent in bar. Das neue Papierkartell hat der Produktion durch schwierige Verkaufsbedingungen einigen Schaden zugefügt. Auch die Steuern und sonstigen Abgaben haben die Produktion stark behindert.

Firmennachrichten.

v **Karthaus** (Kartuzy). Zwangsversteigerung des in Karthaus belegenen und im Grundbuch Karthaus, Blatt 228, auf den Namen des Franciszek Kreft eingetragenen Grundstücks am 16. April 1934, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 9.

v **Neustadt** (Wejherowo). Ein neuerlicher dreimonatlicher Zahlungsaufschub wurde der Firma M. Napierała, skład bławatów, konfekcji i galanterji, in Neustadt, vom Burggericht bis zum 14. Mai 1934 gewährt.

v **Putzig** (Puck). Zwangsversteigerung des in Sulicice belegenen und im Grundbuch Sulicice, Blatt 257, auf den Namen des Ludwik Dembiński in Warschau eingetragenen Grundstücks am 14. April 1934, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 6.

Roosevelts 50-Jahresplan.

Ein Riesenprojekt staatlich gesteuerter Wirtschaft in Amerika.

Amerika ist noch immer das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, und soweit sie ihm etwa durch den Druck der Krise, der sich drüben ja besonders hart auswirkt, verschlossen worden sein sollten, ist der tatkräftige Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Roosevelt, entschlossen, sie ihm wieder zu eröffnen. Nachdem der amerikanische Kongreß, der bisher immer sehr eifersüchtig auf sein Recht, in allen Dingen mitzureden, gepocht hat, und der — wie das amerikanische Volk überhaupt — nichts mehr haßte als die behördliche Gängelung des Wirtschaftslebens, Herrn Roosevelt fast unbeschränkte Vollmachten für die Ausübung einer Wirtschaftsdiktatur erteilt hat, mit denen der Präsident zunächst einmal der unmittelbaren Not der Gegenwart, vorläufig mit umstrittenem Erfolge, zu Leibe ging, soll nunmehr die wirschaftliche Zukunft Amerikas gestaltet werden.

Die für eine Reihe von Jahren vorausschauenden und den Gang der Entwicklung vorzeichnenden Wirtschaftspläne sind eine Errungenschaft der durchaus revolutionären Nachkriegszeit. Man hat ein wenig spöttisch gelächelt, als Sowjetrußland seinen ersten Fünfjahresplan aufstellte. Utopie, Bluff. So oder ähnlich haben die meisten der alten Routiniers der Wirtschaft gedacht. Die Schwierigkeiten, die sich den Sowjets bei der Durchführung ihres Plans entgegenstellten, sind sicherlich ungeheuer gewesen, und man weiß inzwischen, daß das Erreichte weder quantitativ noch vor allem qualitativ dem vorgeschriebenen Ziel entsprach. Aber als antreibender Motor einer im russischen Fall aus dem Nichts heraus völlig neu schaffenden Wirtschaftsentwicklung hat der Plan zweifellos seine gewaltige Bedeutung gehabt. Und daß das Experiment nicht grundsätzlich negativ verlaufen ist, zeigt ja die Aufstellung des neuen zweiten Fünfjahresplans.

Herr Roosevelt wird Sowjetrußland übertrumpfen. Er läßt von einem Ausschuß von Sachverständigen

einen 50-Jahresplan ausarbeiten, durch den nach der Absicht des Präsidenten in Zukunft überraschende Depressionen, wie sie mit der letzten Weltwirtschaftskrisis über „Gottes eigenes Land" gekommen sind, verhindert werden sollen.

Die Aufgabe, die dem Studienkomitee gesetzt ist, ist eine wesentlich andere als diejenige, die das Plankomitee in Moskau zu erfüllen hat. Es gilt nicht, in einem wirtschaftlich unentwickelten Lande, das obendrein die vorhandenen Ansätze vorher brutal zerstörte, eine weitverzweigte Rieseninduftrie modernster Struktur von Grund aus neu aufzubauen, sondern in Amerika handelt es sich darum, das fortgeschrittenste Industrieland der Welt umzubauen und es in ein Wirtschaftssystem überzuführen, das mindestens nach den bisher dort leitenden Grundsätzen der Betriebsrationalität einen Rückschritt gegenüber der bis heute erstrebten und erreichten Entwicklungsstufe darstellt.

Wohl in keiner Wirtschaft der Welt hat man so wenig nach den Menschen gefragt wie in der amerikanischen.

Wenn es den Fabrikationsprozeß beschleunigte, verbesserte, und ihn vor allen Dingen ertragreicher machte, ersetzte man unbedenklich den Menschen durch die Maschine. Man massierte die Produktion in Riesenbetrieben, wenn das rationeller für Kapital und Unternehmer war, obwohl jede Absatz- und Konjunkturschwankung dann an einer Stelle gewaltige Menschenmassen aus der Arbeit herauswarf. Ford hat mitunter von einem Tag zum anderen 10 000 Arbeiter und mehr entlassen. Der Aufbau der amerikanischen Wirtschaft erfolgte aber auch in der Struktur völlig unorganisch. Die Industrie entwickelte sich sprunghaft, und mit tropischer Wachstumsschnelle ohne Rücksicht auf den landwirtschaftlichen Sektor. Und dazwischen stand wieder vollkommen selbständig und selbstsüchtig der Handel, der sich mit dem Ellbogen nach beiden Seiten Luft machte.

Roosevelt schwebt die Idee eines organischen Wirtschaftsbaues vor.

Er will die Industrie, die jetzt an einigen Stellen zusammengeballt ist, dezentralisieren und andererseits der notleidenden Landwirtschaft dadurch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geben, daß er Handwerk und Fabriken auf dem Lande ansiedelt und dadurch in den jahreszeitlich bedingten Arbeitspausen des agrarischen Betriebes Kristallisationspunkte für eine gewerbliche Tätigkeit der Farmerbevölkerung schafft. Allein dieser Teil des Plans wird die Umsiedlung mindestens einer Million Familien aus den Bezirken, die jetzt vornehmlich von der industriellen Arbeitslosigkeit betroffen werden, in neu anzulegende Industriegebiete notwendig machen. Dazu sollen in den waldarmen Gegenden der Vereinigten Staaten, die sich oft Hunderte von Meilen weit hinziehen, Aufforstungen größten Stils erfolgen, um dadurch einerseits der Überproduktion an gewissen Agrarprodukten (Weizen, Baumwolle Einhalt zu tun, andererseits Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Das Gesamtprojekt, soweit seine Umrisse schon vorliegen, gliedert sich in drei Gruppen.

Die erste soll sich mit dem allen befassen, was mit dem Schutze des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums der Bürger der Vereinigten Staaten zusammenhängt. Roosevelt entwickelt hier ein Sozialprogramm neuer und großzügiger Art. Die zweite Gruppe umfaßt die industrielle Neugliederung und im Zusammenhang damit die Entwicklung großer öffentlicher Unternehmungen, aus deren Ertrag die Steuerlast gemildert werden soll. Es sollen nach diesem Plan drei ungeheure Wasserwege, die alle Wasserstraßen des nordamerikanischen Festlandes in den Atlantischen Ozean, den Mexikanischen Meerbusen und den Stillen Ozean ableiten, gebaut werden, um dadurch nicht nur neue Schiffahrtswege, sondern auch gewaltige Energiequellen zu erschließen. Der dritte Teil des Projekts ist den agrarischen Fragen gewidmet und schließt eine Art Bodenreform ein.

Der polnisch-tschechische Handelsvertrag.

Wir meldeten bereits in der letzten Nummer den Abschluß dieses Vertrages, über den wir jetzt noch folgende Einzelheiten erfahren.

Der Vertrag ist auf der Basis der Meistbegünstigung abgeschlossen, doch sind für zahlreiche Erzeugnisse Kontingente festgesetzt. Von polnischen Agrarerzeugnissen werden zur Einfuhr nach der Tschechoslowakei zugelassen: Weizen und Roggenkleie, Saatkartoffeln, Gras-, Zucker- und Futterrübensamen, Hülsenfrüchte, Flachs, Mohn und Leinöle, Kartoffelflocken usw. Von polnischen Holzerzeugnissen werden Schnittholz und Sperrplatten zugelassen. Umgekehrt hat Polen der Tschechoslowakei zahlreiche Zollerleichterungen zugestanden. Zur Förderung des Warenaustausches ist die Errichtung verschiedener Organisationen geplant, auch eine Förderung des gegenseitigen Fremdenverkehrs ist vereinbart worden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 19. Februar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 17. Februar. Danzig: Ueberweisung 57,75 bis 57,87, bar 57,77–57,89, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46,920, bis 47,325, Prag: Ueberweisung —,—, Wien: Ueberweisung 79,15, Paris: Ueberweisung 286,50, Zürich: Ueberweisung 58,30, Mailand: Ueberweisung 213,00, London: Ueberweisung 27,25.

Warschauer Börse vom 17. Februar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,65, 123,96 — 123,34, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,00, 173,43 — 172,57, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,00, 357,90 — 356,10, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 27,25, 27,39 — 27,11, Newyork 5,35, 5,38 — 5,32, Oslo —, Paris 34,93½, 35,02 — 34,85, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm 140,80, 141,50 — 140,10, Schweiz 171,41, 171,84 — 170,98, Tallin —, Wien —, Italien 46,67, 46,79 — 46,55.

Freihandelskurs der Reichsmark 209,50.

Berlin, 17. Februar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,522—2,528, London 12,855—12,885, Holland 168,33—168,67, Norwegen 64,64 bis 64,76, Schweden 66,33—66,47, Belgien 58,37—58,49, Italien 21,96 bis 22,00, Frankreich 16,48—16,52, Schweiz 80,85—81,01, Prag —,— bis —,—, Wien 47,20—47,30, Danzig 81,57—81,73, Warschau 47,125—47,325.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,32 Zl., do. kleine 5,31 Zl., Kanada 5,24 Zl., 1 Pfd. Sterling 27,10 Zl., 100 Schweizer Franken 170,90 Zl., 100 franz. Franken 34,83½ Zl., 100 deutsche Mark 208,10 Zl., Goldmark —,— Zl., 100 Danziger Gulden 172,49 Zl., 100 tschech. Kronen —,— Zl., 100 österreich. Schillinge 97,50 Zl., holländischer Gulden 355,95 Zl., Belgisch Belgas 123,29 Zl., ital. Lire 46,52 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 17. Februar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 56 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,355) 51—51,50 G., 4½proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 45,50 B., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 41,50 +, 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 40,75 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 19. Februar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	75 to	14.75	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	gelbe Lupinen	7.50—8.50
Weizen	17.50—18.00	Raps	—.—
Braugerste	14.50—15.50	Serradella, neu	12.00—13.00
Mahlgerste	13.75—14.00	Gelbklee, abgesch.	90.00—110.00
Hafer	11.75—12.25	Weißklee	70.00—90.00
Roggenmehl 65%	21.00—22.00	Rotklee	160.00—210.00
Weizenmehl 65%	30.00—31.50	Fabrikkartoff. p. kg%	0.19
Roggenkleie	9.75—10.50	Leinkuchen	19.00—20.00
Weizenkleie, fein	10.50—11.00	Rapskuchen	15.00—16.00
Weizenkleie, grob	11.50—12.00	Sonnenblumenkuch.	16.50—17.50
Winterraps	42.00—44.00	blauer Mohn	46.00—50.00
Peluschken	13.00—14.00	Senf	32.00—34.00
Felderbsen	15.00—17.00	Leinsamen	40.00—44.00
Speiseerbsen	19.00—20.00	Wicken	13.00—14.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.50	Winterrübsen	42.00—44.00
Folgererbsen	19.00—22.00	Kartoffelflocken	15.00—16.00
blaue Lupinen	6.00—7.00	Roggenstroh, lose	—.—

Allgemeine Tendenz: **ruhig.** Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	180 to	Fabrikkartoffel	— to	Hafer	— to
Weizen	90 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	5 to
Mahlgerste	85 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	54 to	weißer Mohn	— to	Raps	5 to
Roggenmehl	23 to	Futtererbsen	— to	Leinsamen	— to
Weizenmehl	41 to	Kleeheu	— to	Leinkuchen	10 to
Viktor.-Erbs.	— to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	10 to	Rotklee	6 to	Wicken	13½ to
Feld-Erbsen	15 to	Inkarnatklee	— to	Trockenschnitz.	— to
Roggenkleie	75 to	Weißklee	— to	Baldersb. Erbs.	— to
Weizenkleie	25 to	Gerstenkleie	— to	Gemenge	7½ to
Gelbe Lupinen	15 to	Serradella	5 to	Blaue Lupinen	— to
Kartoffelflock.	10 to	Senf	7 to	Pferdebohnen	— to

Gesamtangebot 748 to.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 17. Februar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	180 to	14.75
	15 to	14.68½
	15 to	14.60

Richtpreise:

Weizen	17.75—18.25	Klee, gelb, in Schalen	30.00—35.00
Roggen	14.50—14.75	Wundklee	90.00—110.00
Gerste 695—705 kg	15.00—15.50	Tymothyklee	25.00—30.00
Gerste 675—685 kg	14.50—15.00	Raygras	44.00—50.00
Braugerste	15.50—16.50	Inkarnatklee	—.—
Hafer	11.75—12.00	Senf	33.00—35.00
Saathafer	—.—	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—20.75	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	26.75—28.50	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	11.00—11.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	9.75—10.25	Heu, gepreßt	—.—
Winterraps	44.00—45.00	Netzeheu, lose	—.—
Sommerwicke	14.00—15.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Peluschken	14.50—15.50	Kartoffelflocken	14.00—15.00
Viktoriaerbsen	—.—	Blauer Mohn	44.00—50.00
Folgererbsen	—.—	Leinsamen	47.00—50.00
Fabrikkartoff. p. kg%	—.—	Leinkuchen	18.50—19.00
Seradella	13.00—14.00	Rapskuchen	14.50—15.00
blaue Lupinen	6.50—7.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	15.25—16.25
gelbe Lupinen	9.00—10.00	Sojaschrot	19.75—20.25
Klee, rot	170.00—200.00		
Klee, rot, ger.	—.—		
Klee, weiß	70.00—100.00		
Klee, schwedisch	90.00—110.00		
Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—110.00		

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Weizen beständig, für Roggen, Mahl- und Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1230 to, Weizen 637,5 to, Gerste 203 to, Hafer 6,5 to, Roggenmehl 245 to, Weizenmehl 55,5 to, Roggenkleie 105 to, Weizenkleie 35 to, Viktoriaerbsen 72,5 to, gelbe Lupinen 30 to, Wicke 20 to, Sonnenblumenkuchen 4,5 to, Leinkuchen 10 to, blauer Mohn 10 to, Saubohnen 5 to, Sämereien 1 to.

Marktbericht für Sämereien der Samengroßhandlung Wiesel & Co., Bromberg. Am 16. Februar notierte unverbindlich für Durchschnittsqualitäten per 100 Kg.: Rotklee 170—210, Weißklee 80—120, Schwedenklee 110—130, Gelbklee, enthülst 90—95, Gelbklee in Hülsen 40—44, Inkarnatklee 85—95, Wundklee 100—120, Engl. Raygras, hiesiges 45—50, Timothee 25—30, Serradella 11—13, Sommerwick. 13.00—14.00, Winterwick. (Viciavillosa) 25—32, Peluschken 13—14, Viktoriaerbsen 23—26, Felderbsen, kleine 16—18, Senf 28—32, Sommerrübsen 44—48, Winterraps 40—44, Buchweizen 18—20, Hanf 36—40, Leinsamen 40—44, Hirse 16—18, Mohn, blau 48—52, Mohn, weiß 70—75, Lupinen, blau 7—8, Lupinen, gelb 8—9 zł.

Bromberger Sämereipreise. Bromberg, 17. Februar. Firma St. Szukalski, Bydgoszcz, notierte in den letzten Tagen pro 100 kg: Rotklee 140—210, Weißklee 50—110, Schwedenklee 90—120, Gelbklee enth. 85—105, Gelbklee i. Kappen 40—45, Wundklee 100—125, Inkarnatklee 90—100, englisches Raygras 55—65, Timothee 23—28, Seradella 8—10, Sommerwicken 12—13.00, Peluschken 12—13.00, Winterwicken 30—40, Viktoriaerbsen 22—26, Folgererbsen 19—23, Felderbsen 15—17, Winterraps 43—48, Sommerrübsen 43—48, Leinsaat 42—47, Weißmohn 60—70, Blaumohn 45—52, Senf 30—34, Buchweizen 16—18, gelbe Lupinen 7—8, blaue Lupinen 6—7.

Danziger Getreidebörse vom 17. Februar. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., 11,60, Roggen 9,00—9,10, Gerste, feine 10,50—10,70, Futtergerste 9,60—10,50, Hafer 7,85—8,40, Viktoriaerbsen 16,75—18,00, grüne Erbsen 13,50—15,00, Roggenkleie 6,20—6,40, Weizenkleie 7,60 bis 7,80, Peluschken 8,75—9,00, Wicken 8,75—9,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Butternotierungen. Warschau, den 17. Februar. Großhandelspreise der Butterkommission für 1 Kilogramm in Zloty: Prima Tafelbutter in Einzelpackung 3,40, ohne Packung 3,30, Dessertbutter 2,90, gesalzene Molkereibutter 3,00, Landbutter 2,60. Im Kleinhandel werden 10—15% Aufschlag berechnet.

Tendenz: fest.

Viehmarkt.

Warschauer Viehmarkt vom 17. Februar. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Zloty: junge, fleischige Ochsen —,—; junge Mastochsen —,—, ältere, fette Ochsen —,—; Masttühe —,—; abgemolkene Kühe jeden Alters —,—; junge, fleischige Bullen —,—; fleischige Kälber —,—, gut genährte Kälber 80—85; kongreßpolnische Kälber —,—; junge Schafböcke und Mutterschafe —,— Speckschweine von über 150 kg 105—110, von 130—150 kg 95—100; fleischige Schweine von 110 kg 85—90.